

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Bettelverbot – Petition an Steiermärkischen Landtag

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Der dringliche Antrag, den die Volkspartei in diesem Hause eingebracht hat, hat ein ganz wichtiges Ziel zum Inhalt. Ich darf der Begründung vorausschicken, damit auch Kritiker, die das Gegenteil behaupten, eine klare Botschaft erhalten. Das Schicksal von Menschen ist uns nicht gleichgültig, das Schicksal keines Menschen ist uns gleichgültig. Ich darf das im eigenen Namen, im Namen meiner Fraktion und ich hoffe, bin mir fast sicher, tue es nicht, aber ich hoffe, auch im Namen aller hier Anwesenden sagen, es geht um ein Problem, das zunächst ganz vordergründig sehr wohl eines ist, das in unserer Stadt sichtbar wird und existiert. Daher, ich werde das gleich begründen, ist der Vorschlag, der diesem dringlichen Antrag zugrunde liegt, ein Verbot auszusprechen und zwar in Form eines Antrages an den Landesgesetzgeber, damit auch verfassungsmäßig das seine absolute Ordnung hat, ein Verbot auszusprechen, ident mit der Rechtslage im Bundesland Salzburg, ident mit der bereits bestehenden ebenfalls bereits bestehenden Rechtslage im Bundesland Tirol und einen Schritt weitergehend als die unbefriedigende, weil nicht vollziehbare Rechtslage im Bundesland Wien. Ich möchte das deswegen nochmals betonen, um ebenfalls Kritikern zu zeigen, dass wir uns keineswegs auf undemokratischem oder wie ich eingangs gesagt habe, unmenschlichem Terrain bewegen. Dieses Verbot ist aber nur eine Seite, denn mit Verboten allein kann man keine Probleme lösen, das wissen wir aus unserer Lebenserfahrung. Daher gleichzeitig eine ganz wichtige Initiative, die eine aktive Hilfe darstellt, um das ist Teil des Problems, des vor Ort in unseren Nachbarländern - speziell in der Slowakei - besteht, wirkungsvoll zumindest einen tauglichen Versuch zu unternehmen, eine Verbesserung dort herbeizuführen. Das ist die Aufforderung an unsere Bevölkerung hier in Graz zunächst, aktiv an solchen Projekten auch finanziell teilzuhaben und die Anfrage praktisch an den Gemeinderat, es sind ja hier keine Summen oder keine finale Verpflichtung, dass dann auch einem Beispiel auch der Katastrophenhilfe folgend, wo die öffentliche Hand die Hilfe der Bevölkerung verstärkt, verdoppelt, alles diskussionsfähig, um dann auch auf diese Weise die öffentliche Hand in diese aktive Hand einzuschalten. Es sind im dringlichen Antrag mehrere Projekte beispielhaft genannt, zu allererst nachfolgende

Projekte zu unterstützen, das ist das Projekt Lipany, Ostslowakei, eine Kleinstadt, wo 650 Roma in einem Ghetto leben, Verein Spolu in Kremnica, wo in fünf Dörfern Romazentren gegründet wurden, hier eine aktuelle Hilfe Stärkung der Frauen in diesen Gemeinden, Netzwerke und eine Projektgrundschule in Velká Lomnica und Chminianske Jakobovany, uns bisher noch keineswegs vertraute Namen, es ist aber wert, sich diese vor Augen zu führen, das anzuhören und in Erinnerung zu behalten. Anneliese Rohrer hat in den letzten Tagen die Geschehnisse in Ungarn, politische Aufstände, etwa bezeichnet „in einer Ecke des Hauses Europa ist ein Brand ausgebrochen“. In einer durchaus nahen Ecke, zu uns nah, aber auch zu diesem Brandherd auf einer anderen Ebene, auf einer sozialen, brennt es schon lange, während solche Bilder nach Löschen des Brandes rufen, sind offensichtlich Glutnester mit größter Gefahr, mit größtem Sprengstoff unbeachtet und nicht zum Handeln auffordernd. Es ist daher umso erfreulicher, dass sehr wohl sich befugte und potente Leute dieses Themas leider noch nicht auf politischer operativer Ebene, sondern zumindest Journalisten dieses Themas vor geraumer Zeit angenommen haben, so auch Pfarrer Pucher, der hier anwesend ist und der schon begrüßt wurde, hat mich auf dieses Buch aufmerksam gemacht, es ist das Buch des Salzburger Karl Markus Gauß, der unter dem Namen, ich habe das Buch, Sie dürfen dreimal raten, wo ich es herhabe, natürlich aus der Stadtbibliothek ausgeborgt, unbürokratisch, sofort bekommen (*Applaus ÖVP*).

***Zwischenruf GRin. Edlinger: Eine erwischt, die noch nicht zugesperrt ist.***

Dr. **Piffl-Percevic**: Karl Markus Gauß hat die Ostslowakei bereist, er hat noch viele Bücher über die vergessenen Europäer zum Beispiel geschrieben, er nimmt sich Minderheiten speziell an und bringt deren Schicksale einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis. Aus diesem Grunde ist er auch für einen der wichtigsten Literaturpreise, die die Welt zu vergeben hat, und am 30. September am Vorabend Eröffnung der Frankfurter Buchmesse wird er für dieses Buch, ich nennen jetzt den Titel, er ist semantisch und bedarf eigentlich leider keiner weiteren Erläuterung „Die Hundesser

von Swinja“. Es ist dies ein kleiner Ort in der Ostslowakei, für diese Reportage ist er vorgeschlagen einer der sieben Finalisten für diesen Weltregiepreis Ulysses Award, wie gesagt am 30. September wissen wir mehr. Jetzt aber wissen wir schon einiges, viele von uns, welche Schicksale es dort gibt und was alles nicht unternommen wurde, um diese Schicksale zum Besseren zu wenden. Ich mache mir nichts vor, hier in Graz sind wir nicht für alles verantwortlich, was weltweit schief geht oder nicht richtig liegt. Aber dort, wo wir Kenntnis haben und wo uns das betrifft, sollen wir einen aktiven Beitrag leisten, um die Situation zu verbessern (*Applaus ÖVP*). Die Minderheit der Roma auf mehrere osteuropäische Länder verteilt, ist die größte Volksgruppe in diesem Schicksal Europas. Sie bedarf unser aller ungeteilter Aufmerksamkeit. Die Probleme im Einzelnen können Sie sich vorstellen, Mütter mit ihren Kindern verlassen die Heimat regelmäßig, um, und das ist durchaus einer der zentralen Annahmen unseres Antrages, anstelle von Arbeit arbeitsähnlich um Almosen zu betteln. Wir wissen von befugten Leuten, das wird in diesem Antrag auch ausgeführt, dass das in der Auffassung der Roma eine Arbeit ist. Unsere Auffassung über Arbeit ist jedoch eine andere. Wir maßen uns jetzt nicht an, Vorschriften zu machen anderen, wie sie sich zu verstehen haben, aber es ist legitim, eine Verbesserung der Lebenssituation dieser Leute herbeiführen zu helfen. Und in einer Zeitung, die sich letzte Woche im Vorfeld dieses Antrages dieses Themas angenommen hat, wird sozusagen ein Rezept hier angeführt gegen diesen oder als Beitrag zur Behebung dieses Missstandes hier und dort, nichts geben. Ich möchte es klar machen, jedem ist es freigestellt, einem Bettler etwas zu geben oder nicht, es ist jedem freigestellt, auch zu sagen, ich gebe nichts, weil ich glaube, dass das ein Beitrag ist, dass diese Leute zu Hause Arbeit suchen, das ist absolut legitim. Unsere Auffassung ist es aber, dass wir sowohl hier was tun müssen, um die Situation dort zu verbessern, das ist der zentrale Inhalt unseres Antrages und ich beantrage, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzugestehen, um danach auch inhaltlich darüber zu sprechen. Ich habe exakt den Antrag bereits definiert, die idente Regelung, wie in den Landesgesetzen Salzburg und Tirol, wenn es gewünscht ist, darf ich die Paragraphen vorlesen.

***Zwischenruf GRin. Edlinger: Laut Geschäftsordnung ist der Antrag immer vorzulesen.***

Dr. **Piffl-Percevic**: Ich danke für die Anregung, ich komme ihr nach. Die Gesetzesstelle, die wir vorschlagen, lautet:

§1) Wer an einem öffentlichen Ort oder von Haus zu Haus von fremden Personen unter Berufung auf wirkliche oder angebliche Bedürftigkeit zu eigennützigen Zwecken Geld oder geldwerte Sachen für sich oder andere erbittet, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 360 Euro oder mit Arrest bis zu zwei Wochen zu bestrafen.

(2) Bei Vorliegen von erschwerenden Umständen kann der Verfall des Geldes und der Gegenstände, die durch eine nach Abs. 1 strafbare Handlung erworben wurden, sowie des Erlöses aus der Verwertung solcher Gegenstände ausgesprochen werden.

Der zweite Teil des Antrages sieht die bereits namens von mir genannten beispielsweise aufgezählten Projekte, ich darf auch hier nochmals wiederholen, die man unterstützten sollte als Aufruf an die Grazer Bevölkerung und wo nachher der Gemeinderat diskutierten sollte, ob er diese Projekte zusätzlich unterstützt. Nochmals zusammenfassend, es ist kein einseitiges Verbot oder der Wunsch, Strafen auszusprechen und ansonsten die Leute ihrem Schicksal zu überlassen, sondern wir glauben, dass diese Maßnahme, die wir hier legislativ, so wie in Salzburg und Tirol, setzen wollen gemeinsam mit der Hilfe vor Ort die einzige wirklich Chance ist, diese Entwicklung, die noch im Zunehmen begriffen ist, wirklich tauglich hintanzuhalten und die Situation ganz im Sinne von Karl Markus Gauß einer Verbesserung zuzuführen, indem wir uns um die Schicksale der Menschen kümmern und nicht wegschauen oder die Leute sich ihrem Schicksal überlassen. Ich möchte auch an dieser Stelle allen privaten Organisationen, die sich dieser Menschen annehmen, die Vinzi-Aktivitäten, ich möchte namentlich allen Menschen, die sich dafür einsetzen, herzlich danken, weil sie zeigen, dass ihnen das Schicksal von anderen Menschen nicht gleichgültig ist. Ich möchte auch allen Sozialarbeitern, die sich dieser Menschen welcher Form annehmen, auch herzlich danken, wobei ich

glaube, dass auch der soziale Aspekt von staatlicher Seite die Frage der Kinder, die da zum Teil mitgenommen werden, die auch damit keine Bildungschance erhalten, sehr wohl einer näheren Betrachtung und Fürsorge bedürften. In diesem Sinne darf ich nochmals die Bitte an Sie richten, dem Antrag zunächst die Dringlichkeit zuzuerkennen und dann gemeinsam mit der Volkspartei zu beschließen (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeisterstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Pfarrer Pucher mit Ihrem Gast, den Sie mitgebracht haben, ein Mann aus Hostice mit fünf Kindern, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Zunächst eingangs eine Bemerkung von mir, weil immer wieder davon geredet wurde, da handelt es sich um Schicksal von Menschen und ich mag in aller Klarheit dazu sagen, Elend, Armut ist kein Schicksal, ist ganz sicher nicht Gott gewollt, Elend ist das Ergebnis ungerechter Strukturen und ungerechter Werthaltung in unserer Gesellschaft (*Applaus SPÖ*). Wir wollen das Betteln in Graz grundsätzlich abstellen, so wird der Pressesprecher des Bürgermeisters Thomas Rajakovics, gleichzeitig Sozialsprecher, Vorsitzender des Sozialausschusses, in einem Medium im Sommer dieses Jahres zitiert. Als ich das gelesen habe, war mir zunächst nicht ganz klar, wer den mit wir eigentlich gemeint sei. Wir, sind das etwa alle Grazerinnen und Grazer, sind das etwa alle Gemeinderatsfraktionen, für die da das Wort ergriffen wird oder ist es nur die christlich-soziale Fraktion, ist wir er und der Bürgermeister oder wir etwa der ganze Sozialausschuss, der der gleichen Meinung sein sollte, aber das nur nebenbei. Was mich viel mehr erschreckt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil ich eine bin, die sehr am Wort hängt, ist die Formulierung, das Betteln muss abgestellt, das Betteln. Das klingt so, als ob ich sagen würde, das Läuten des Weckers soll abgestellt werde, oder das Tropfen des Wasserhahns und er fügt dann hinzu, das, ich zitiere, stört die Touristen, das stört die Leute, die einkaufen, das stört die Händler, daher dann der logische Schluss, was stört, muss weg, das Betteln also. Oder sollten wir nicht genauer sagen, die Bettler, um sichtbar und deutlich zu machen, dass wir hier nicht von einem störenden Sachverhalt reden, wenn wir schon von Störung reden wollen, sondern dass wir hier von Menschen reden. Wir reden über Menschen, über die Bettler nämlich und sie

müssen weg, sie müssen weg, weil sie was tun, betteln, ganz einfach da sitzen mitten am Gehsteig vor Geschäften mit dem Becher oder dem Hut in der Hand, um Geld zu sammeln und sie sitzen da und wir sehen sie in der brütenden Hitze, bei strömendem Regen, in klirrender Kälte und sie tun nichts anders, als uns Wohlhabende um Almosen zu bitten, so wie die Bettler in der Bibel vor den Tempeln gesessen sind, weil sie gewusst haben, dass dort hauptsächlich die Wohlhabenden aus- und eingehen. Menschen also, nicht irgendwelche, sondern am Leben gescheiterte, vor allem an ungerechten Strukturen gescheiterte, solche die schon als Kinder keine Chance hatten, Menschen, die betteln, um zu überleben, die auf Almosen angewiesen sind, weil ihnen Menschenrechte vorenthalten werden, zum Beispiel das Recht auf Arbeit. Und, Herr Kollege Piffel-Percevic, sie arbeiten nicht, weil sie keine Arbeit suchen oder nicht wollen, sie arbeiten nicht, weil ihnen Arbeit verweigert wird und nicht erst seit heute, das wissen wir.

***Zwischenruf GRin. Potzinger: In sozialistisch regierten Ländern.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Damals hatten sie noch Arbeit, das ist genau der historische Unterschied (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), aber darüber müsste man intensiver reden. Ich bin dem Herrn Pfarrer Pucher und seinem Team der Vinzi-Gemeinschaft sehr, sehr dankbar dafür, dass er mir die Möglichkeit gegeben hat, vor ungefähr eineinhalb Jahren mit einer Delegation mitzufahren nach Hostice. Und die Bilder haben sich mir sehr intensiv eingeprägt, viele von Ihnen hat der Klubvorsitzender der ÖVP ja schon uns vor Augen geführt und ich sehe, wie wir mit dem Bus die Häuserzeilen entlang fahren, nein Häuser sind es nicht, es sind Lehmhütten und sie haben keine Steinböden, sondern sie schlafen und sitzen auf Lehm und ich habe vor allem die Kinder in Erinnerung, und das war etwas, was mich besonders bedrückt hat, wissen Sie, womit die Kinder dort spielen, weil sie sonst überhaupt nichts haben, mit dem Lehm auf der Erde und dem Fußboden in ihren Häusern oder Hütten. Und dann sind wir in ein Haus gekommen, das war schöner als die anderen, freundlicher, einladender, mit mehr Geld ausgestaltet und stolz haben

uns diese Menschen hineingeführt, denen das gehört hat, die Frau und, ich glaube, ihr Bruder war es, der Mann war nicht da und dann wurde uns gesagt, das Bisschen, das die haben an Wohlstand, das Bisschen, was wir bei uns schon Armut nennen, das haben sie, weil ihnen Menschen von dem, was sie haben und vielleicht auch von dem, was sie zuviel haben, gegeben haben. Und der Herr Pfarrer Pucher hat mir heute zukommen lassen einen Auszug mit dem heutigen Tage, eine Frau mit drei Kindern aus Hostice, der Heimat jener Menschen, die in Graz betteln, hat mit heutigem Tag 21.9.2006 einen Betrag von 148,48 Euro bekommen, das ist ihr Gesamteinkommen inklusive Kinderbeihilfe, hat sie heute am 21.9. für den Monat August überwiesen bekommen. In jedem Fall also sind das Menschen, die das, was sie tun, ganz sicher nicht freiwillig tun oder gibt es wirklich irgendjemanden hier herinnen, der glaubt, allen Ernstes glaubt, Menschen stellen ihre Armut, ihr Scheitern an Ungerechtigkeiten, ausgegrenzt sein freiwillig und gerne zur Schau. So müssen wir uns fragen, warum stören sie? Was macht ihr Anblick mit uns, dass wir zur Vertreibung aufrufen, dass wir sie nicht aushalten, dass wir sie nicht sehen wollen? Und da gebe ich schon zu, weil ich ja mich auch um eine sachliche Diskussion bemühe, natürlich kann Mitleid, wenn es überstrapaziert wird, in Verärgerung umschlagen und ich weiß, dass es auch diese Verärgerung gibt von Menschen in dieser Stadt und anderswo....

***Zwischenruf GRin. Potzinger: Behinderte am Boden, das ist Degradation.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...weil sie mit ihrem Mitleid nicht mehr zurecht kommen und weil es zur Verärgerung wird. Das ist ein bekanntes tiefenpsychologisches Phänomen, das sollten wir auch ernst nehmen, aber ich glaube nicht, dass uns das berechtigt, dass wir, die dieses Mitleid erregen, einfach verbieten und wegschicken und nicht mehr sehen wollen. Und ich sage nein, ich wünsche mir keine Politik, die Menschen aus dem Anblick von anderen vertreiben will, ich wünsche mir gerade dann, wenn es so schwierig wird, eine Politik, die sich dafür verantwortlich fühlt, ein humanes, geistiges, tolerantes und respektvolles Klima allen Menschen gegenüber

in dieser Stadt zu schaffen (*Applaus SPÖ*). Und ich gebe natürlich auch zu, sie sind kein schöner Anblick, die bettelnden Menschen, Armut ist nun mal nicht schön, sie hat nichts Erhabenes, sie hat nichts Erheiterndes, sie hat nichts Leichtes an sich, nichts von dem unbeschwerten Flair, mit dem Graz zum Beispiel im neuen Werbefilm angepriesen werden sollen. Nein Armut bedrückt, die von ihr Betroffenen sowieso und hoffentlich auch die, die wir im Wohlstand und Überfluss leben. Und sie bedrückt vor allem dann hoffentlich, wenn wir ihrem Anblick nicht ausweichen können auf unseren Shoppingtours zum Beispiel. Eine Begegnung also, die wir lieber vermeiden wollen, weil sie uns mahnt, vielleicht, hoffentlich mahnt, dass unser Wohlstand nicht selbstverständlich ist. Vielleicht hoffentlich mahnt, dass auch mitten in diesem Wohlstand der europäischen Gesellschaften und auch Österreichs die Armut wächst und uns hoffentlich auch mahnt, dass unser Wohlstand vergänglich ist. Weil sie uns vielleicht für einen kurzen Augenblick innehalten und fragen lässt, was ist denn das für ein Fortschritt, der da immer behauptet wird, wenn wir nicht einmal imstande sind, den Wohlstand auf dieser Welt, den es zweifellos gibt in diesem Europa, in dieser Stadt, in diesem Land gerecht zu verteilen, sodass niemand betteln muss und niemand arm sein muss (*Applaus SPÖ*). 70 Millionen Menschen in Europa, die von Armut bedroht sind, viele von ihnen sitzen schon jetzt in allen größeren Städten bettelnd auf den Straßen, nicht vorstellbar, sie würden plötzlich alle mit dem Hut in der Hand unseren Einkauf stören oder unsere Plastikwelt, das stelle man sich einmal vor. Da wird ein Graz-Film weltweit mit Lebensgefühl, mit Flair, mit strahlenden Gesichtern, frisch gestylt, teuren Hotelbetten, denen Frau in High Heels entsteigt und Negliges. Und dann kommen die aus aller Welt so angelockten Touristen und sehen auch hier, was sie in aller Welt sehen, bettelnde Menschen. Logisch daher, das können Innenstadtkaufleute nicht dulden. Zuerst die Konkurrenz der Einkaufszentren an den Stadträndern und dann das und weil eben nicht erlaubt sein darf, was den Konsum stört, sondern im Gegenteil, weil eben nur erlaubt sein darf, was den Konsum nicht stört, sondern im Gegenteil fördert und dazu animiert, heißt das schlicht und einfach, Unerwünschtes muss raus. Heute die Bettler, morgen vielleicht die Obdachlosen, übermorgen die Hässlichen, die Bunten sowieso, morgen die Alten und übermorgen... und da stellt sich dann auch die demokratiepolitische Frage, wem gehört denn eigentlich der öffentliche Raum? Ich sage, wir sagen, die Sozialdemokratie sagt, der öffentliche Raum gehört allen und das muss auch so bleiben (*Applaus SPÖ*). Er gehört den Reichen und den Armen, den Schönen und



den Hässlichen, den Jungen und den Alten und er muss jenen gehören, die in der Mitte stehen, aber auch jenen gehören, die am Rande dieser Gesellschaft stehen und vor allem die Innenstadt muss auch andere Funktionen erfüllen als die des ungehörten Konsums, sie darf jedenfalls nicht, eine klare Botschaft, meine ich, sie darf jedenfalls nicht zu einem überdimensionierten privaten Citycenter werden, von dessen Zugänglichkeit Menschen ausgeschlossen werden. Es ist eine Entwicklung, die mich mit Sorge erfüllt, nicht nur, weil sichtbar wird, wie sehr uns die Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche schon ganz im fest im Würgegriff hat. Nicht nur, weil sichtbar wird, wie empfindungslos wir gegenüber Menschen in den Randgruppen zu werden drohen, sondern auch, weil ganz klar sein sollte, der Ruf nach Vertreibung von Menschen war immer gefährlich und ist gefährlich. Er ist gefährlich für den Rechtsstaat, er ist gefährlich für die Demokratie und ich fordere uns daher alle auf und ich appelliere, sehen wir der Armut ins Auge, lassen wir uns von ihr berühren und setzen wir unsere ganze Kraft ein, um Armut zu bekämpfen anstatt die Armen. Bürgermeister Nagl hat einmal zu mir gesagt, mit dir kann man nicht über Einsparungen reden, weil du fängst dann immer an von der Armut und von den Armen und den Benachteiligten zu reden. Ein schöneres Kompliment hätte er mir nicht machen können, ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu stehe ich. Ich stelle an eine Partei, die sich christlich-sozial nennt, den Anspruch, sich den wesentlichen Fragen einer zukünftigen Gesellschaft zu stellen, zum Beispiel, was tun wir gegen Armut, wie schaffen wir mehr Gerechtigkeit und vor allem wie treten wir, und gerade in Wahlzeiten, wie treten wir mutig denen entgegen, die Menschen gegen Menschen aufhetzen und wie mobilisieren wir mit unseren Botschaften das humanistische Potential in unserer Gesellschaft und ich will mit Ihnen allen gemeinsam der Frage nachgehen, was hat den der wachsende Wohlstand mit uns angerichtet, dass wir als vergleichsweise reiche Gesellschaft offen demonstriertes Elend nicht mehr aushalten und zum Schluss, weil in einem Interview des Bürgermeisters die Rede davon war, dass er in dieser Stadt die Bibelwerte bedeutender machen möchte für die Menschen, ein Zitat aus dem Neuen Testament, Autor Lukas, Kapitel 3, Vers 11, Überschrift der Johannes-Bußpredigt und Zeugnis von Christus: Er antwortete und sprach zu ihnen, wer zwei Röcke hat, der gebe dem, der keinen hat und wer Speise hat, tue es also auch. Im Sinne dieser Worte und dieses Zitates stimmt unsere Fraktion der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet ist der Herr Gemeinderat Fabisch.

*Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick. Bitte auch die Bibel.*

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Danke, Frau Stadträtin. Es gibt wohl nicht viele Grazerinnen und Grazer, die durch die bittenden und bettelnden Menschen am Straßenrand nicht in irgendeiner Weise berührt sind. Wir fühlen uns in unserer Ruhe gestört, sind darüber vielleicht verärgert oder betroffen oder nachdenklich, beschleunigen unseren Schritt und schauen vielleicht bewusst in eine andere Richtung. Wir werden hier in unserem reichen Land mit einer Armut konfrontiert, die wir uns kaum mehr selbst noch vorstellen können, bestenfalls aus Erzählungen der Zwischen- oder Nachkriegszeit unserer Vorfahren kennen, sie tut auch uns weh, aber unendlich mehr noch den betroffenen Menschen und ihren Familien. Diese Menschen, es sind meist Roma aus der Slowakei, sehen diese ihre Tätigkeit hier nicht als Arbeit, eine der vielen Falschbehauptungen im Antrag der ÖVP, sie haben sich zumindest zu Beginn ihres Bettlerdaseins dafür sehr geschämt, nur danach stumpft man eben ab. Vor der Wende hatten sie alle Arbeit und konnten menschenwürdig leben, durch den Systemwechsel sind sie unter die Räder gekommen. Der Kapitalismus in ihrem Land hat für die Roma-Bevölkerung keine Verwendung mehr. Bildung und Ausbildung abzulehnen und dafür die Tätigkeit eines Bettlers aufzunehmen, sind nicht von Haus aus bevorzugte Perspektiven in einer Roma-Familie, wie in Ihrem Motivenbericht, meine Damen und Herren von der ÖVP, falsch suggeriert wird. Pfarrer Pucher, mit dem zu reden ich gestern Nachmittag die Ehre hatte, hat dafür eine gute Erklärung, wie es mit der Bildung aussieht, die die Roma-Kinder nicht weiter bringt. Sie werden automatisch in ihrer Heimat in Sonderschulen untergebracht, weil sie eben Roma-Kinder sind oder werden von Lehrkräften unterrichtet, die gar nicht entsprechend ausgebildet sind. Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich kann gar nicht glauben, dass Sie wirklich meinen, was Sie hier im Motivenbericht notiert haben. Natürlich ist es auch der Wahlkampf, das ist

mir schon klar, aber ich habe eigentlich vor Ihrem Intellekt einen zu großen Respekt, als das ich glauben könnte, dass Sie das ernst meinen, was Sie alles hier geschrieben haben. Ihr Antrag unterstellt, dass die slowakische Sozialhilfe einer Roma-Familie annähernd den gleichen Standard sichert wie die Arbeit des Lehrers oder Fabrikarbeiters und die Betteltour nach Österreich soll dann für den noch fehlenden Luxus sorgen, glauben Sie das wirklich? Ich kann es mir nicht vorstellen. Als ich gestern mit Pfarrer Pucher darüber gesprochen habe, über die Fakten, die Sie da angeblich herausgefunden haben, habe ich nicht gewusst, ob er jetzt weinen wird oder lachen, er hat diese Zahlen, die Sie im Motivenbericht nennen, einfach als Lüge bezeichnet, sie dreimal unterstrichen und mit drei Rufzeichen versehen. Wer länger arbeitslos ist in der Slowakei, dessen Unterstützung wird halbiert...

***Zwischenruf GR. Herper: 50 % Kürzung.***

Mag. **Fabisch**: 50 % genauso ist es, viele junge Männer waren überhaupt noch nie im Arbeitsprozess, die schauen komplett durch die Finger. Die Menschen, mit denen Pfarrer Pucher in diesem Zusammenhang zu tun hat, bekommen nicht 300 Euro im Monat sondern 37,50 Euro und wenn sie dann 14 Tage hier waren, sind sie froh, dass sie mit 100 Euro heimkommen können. Insgesamt handelt es sich um zirka 100 Personen, von denen maximal 70 zugleich in Graz sind, das sollte man auch einmal wissen. Niemand muss Geld an einen Superboss abliefern, natürlich fährt man gemeinsam her und teilt sich den Spritt, natürlich redet man sich dann die Plätze aus, das ist eine Selbstverständlichkeit soviel zum organisierten Betteln, das Sie unterstellen. Zwei Monate vor dem EU-Beitritt hat die Slowakei den Roma die Sozialhilfe um 50 % reduziert. Ein Hungeraufstand war die Folge, Lebensmittelläden wurden aufgebrochen, Schaufenster eingedrückt, auf der Suche nach Essbarem. Massive Staatsgewalt wurde dagegen eingesetzt, glauben Sie noch immer, dass es diesen Menschen gut genug geht? Der Gedanke, dass unsere Polizeikräfte vielleicht auch mit physischer Gewalt gegen Menschen vorgehen sollen, deren einziges Vergehen darin besteht, bettelarm zu sein und dabei um Linderung ihrer finanziellen

Lage bitten, dieser Gedanke ist mir unerträglich. Auch Österreicher betteln. Wir alle kennen den älteren Herren mit Bart und nur einem Bein, der mit seinem Gehwagerl unterwegs ist und freundlich oder bestimmt die Hand aufhält, da kommt keiner vorbei, ich auch nicht. Soll auch er mit 260 Euro Strafe belegt werden oder gar mit zwei Wochen Inhaftierung, genau das fordern Sie, auch der Messner in der Kirche bittet mit dem Klingelbeutel um milde Gaben, erfolgt hier der nächste Polizeieinsatz (*Applaus KPÖ und Teile SPÖ*)? Aggressives Betteln beziehungsweise Kinderbettelei sind nicht erlaubt, das ist notwendig und in Ordnung, aber das Betteln grundsätzlich zu verbieten, ist nicht nur für den Spitzenjuristen Univ.-Prof. Brünner äußerst problematisch. Diese Tätigkeit ist wohl die letzte verzweifelte Form, sich und seiner Familie das Überleben zu sichern. Wir müssen die Armut bekämpfen und nicht die Armen, gebettelt wird leider fast in jeder größeren Stadt Europas. Diese Menschen, um die es hier geht, können nichts dafür für die wirklichen Probleme der Stadt Graz und ihre Vertreibung löst auch keine. Daher sehen wir keine Dringlichkeit, da schon morgen Freitag ein runder Tisch, und sicher nicht der letzte, mit Vertretern aller Parteien und Fachleuten zu diesem Thema initiiert wurde, allen voran natürlich Pfarrer Pucher, der auch die KPÖ eingeladen hat, öfter die Kirche zu besuchen. Wir hoffen auf konstruktive Vorschläge und Zusammenarbeit. Danke (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem, was wir heute gehört haben, ist es, glaube ich, gar nicht so notwendig, dass man in die Kirche geht, wir haben heute hier ja schon genug Bibelzitate usw. gehört. Es sind auch nicht alle Fraktionen eingeladen, möchte ich übrigens sagen, ich habe ohnehin die Frage an den Pfarrer Pucher, wir sind nicht eingeladen worden zu diesem runden Tisch, er wird schon seine Gründe haben, aber normalerweise lädt man, wenn man so einen runden Tisch macht, durchaus auch die ein, die anderer Meinung sind. Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages sehr wohl zustimmen und zwar deshalb, nicht weil, liebe Tatjana, wie du hier sozusagen uns eine ideologische Vorlesung gegeben hast, weil wir es nicht ertragen und was da alles kommt. Ich ertrage es wirklich nicht, wenn ich diese eine behinderte Dame sehe, die dort ist, weil ich das so entwürdigend finde, ich kann das gar nicht beschreiben, wie schlimm das eigentlich

ist (*Applaus Teile ÖVP und FPÖ*) und selbstverständlich gibt es Menschen, genügend Menschen, die das stört und die sagen, das ist für den Tourismus schlecht usw. aber das sind doch nicht wirklich die Probleme. Und ich verstehe Sie, die Sie hier diesen Antrag, der ja einerseits das Betteln verbietet, um andererseits andere Lösungen aufzumachen, dass Sie dem nicht zustimmen, dazu fehlt mir wirklich der Zugang, denn ich würde es sehr gescheit finden, wenn wir, die wir auf unseren kleinen Teil der Gemeinderatsgageerhöhung verzichten, wenn wir das zum Beispiel in diesen Fonds einzahlen, dann würden wir mit einem guten Beispiel vorangehen (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Mir ist schon klar, dass wir hier in Graz oder uns allen ist klar, dass wir die Probleme der Welt nicht lösen können und es das Problem, wie die Romas in ihren eigenen Ländern behandelt werden, wir alle haben uns ja mit diesem, ich bin schon so lange da, ich habe mich sehr oft und immer wieder mit diesem Thema beschäftigt und ich weiß auch, wenn ich nicht mit war in Hostice, aber ich weiß, wie die Situation ist und dass es diese Menschen wirklich schwer haben und dass die nicht zum Vergnügen daher kommen, weil das so schön ist, da auf der Straße zu sitzen. Aber wo wart ihr denn, die ihr viel mächtiger seid in der EU, wie die Slowakei beigetreten ist, diese Probleme, wir kümmern uns immer nur um unsere Minderheiten behandelt werden, wie Minderheiten woanders behandelt werden, das ist immer noch im Gemeinderat ein Thema, aber sonst kümmert sich in Wirklichkeit doch kein Mensch darum. Denn die Roma, das ist eine Problematik, die europaweit gelöst werden kann, genauso wie das Asylproblem (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Wir werden auch nicht halb Afrika in Graz aufnehmen können.

***Zwischenruf GR. Herper: Ihr wart in der Bundesregierung.***

Mag. **Uray-Frick:** Wir waren nicht in der Bundesregierung, das BZÖ ist in der Bundesregierung. Ihr wart wesentlich länger in der Bundesregierung, ist ja so. (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich sage es jetzt noch einmal, überlegt euch wirklich alle, die jetzt dagegen sind, dass wir versuchen, mit einem Bettelverbot,

so lange wir es erlauben, dass die Menschen auf diese Art und Weise Geld bekommen, solange werden wir das Problem so haben, dass diese Menschen keine Alternative haben, als hier zu betteln. Wenn alle jene, die Geld geben, das ist ja durchaus ok, es gibt viele Menschen, die den bettelnden Romas und den anderen Geld geben, wenn die die Möglichkeit haben, in einen Fonds einzuzahlen, um wirklich in jenen Gebieten, wo die Probleme sind, Lösungen zu schaffen, da sind also die drei Beispiele angeführt worden, das ist für mich eine Lösung, die den Menschen vor Ort ein Leben in Würde ermöglicht, das was Ihr hier ermöglicht und erlaubt, das hat mit Menschenwürde nichts zu tun (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ich denke, wir hätten heute zum Beispiel einmal eine Ausnahme machen können. Ich weiß, Gemeinderatssitzungen unterliegen einem strengen Reglement, aber wir heraußen, das finde ich manchmal absurd, wir reden über Entwürdigung, über demütigende Situationen, wie wir glauben, dass es andere empfinden. Jetzt haben wir hier den Pfarrer Pucher, wir haben auch einen Vertreter der Roma hier, das wäre einmal sehr spannend gewesen, die Betroffenen direkt zu Wort kommen zu lassen.

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Ihr redet nicht über den Antrag.*

*Zwischenruf GR. Rajakovics: Geht mit der Dringlichkeit mit.*

GRin. **Binder**: Ich habe nichts über Dringlichkeit jetzt gesprochen, das ist eine ganz andere Ebene, die ich angesprochen habe, offenbar wollen einige diese Ebene nicht verstehen, macht auch nichts, kann ja sein. Es ist noch nicht so lange her, da ist Graz der Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten, Anfang Juli, und wir haben

mit unserer Unterschrift eigentlich bekundet, dass wir alles dazu tun werden... ich weiß nicht, gibt es da parallel irgendwie noch etwas, ich habe da keine Ahnung ...dass wir alles tun werden, um gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit uns einzusetzen.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Dann müsst ihr halt was tun.*

GRin. **Binder:** Das ist das Ziel des internationalen Netzwerkes. Nun, meine Erfahrung mit der ÖVP, seit ich hier herinnen bin, ist folgende. Es ist noch gar nicht lange her, sagt die ÖVP, die Punks, die taugen uns nicht, die verschandeln irgendwie das Stadtbild, daher wird das schöne Denkmal da unten mit Bäumchen umstellt, damit sie sich nicht hinsetzen können und werden vertrieben und sie suchen sich halt dann andere Plätze. Aber die Punks sind halt wirklich ein unangenehmer Anblick für die ÖVP gewesen. Das nächste war dann ein bisschen ein Ausritt des Herrn Bürgermeister gegen Homosexuelle, wenn ich das nur in Erinnerung bringen darf, peinlich genug und beschämend, dann war da irgendetwas mit Türken und Bollwerk und jetzt sind es die Bettler. Ich frage mich, gibt es denn in der ÖVP überhaupt noch irgendjemanden, dem die Schamesröte ins Gesicht steigt bei all diesen Dingen und vor allem jetzt, wo uns Herr Hofrat Piffl-Percevic einen dringlichen Antrag vorlegt, der auch noch inhaltlich völlig falsch ist und strotzt vor Oberflächlichkeit. Erstens was ist falsch, alles was hier herinnen steht, und mit Zahlen belegt ist, wie viele Roma in der Slowakei Sozialhilfe bekommen und hat schon mein Kollege Fabisch ausgeführt, werde ich nicht mehr weiter ist völlig falsch, schlecht recherchiert.

*Zwischenruf GR. Rajakovics: Woher weißt du da?*

GRin. **Binder**: Das kann ich dir dann zeigen, Gott sei Dank haben wir auch Zusendungen bekommen, zum Beispiel ein Zeitungsartikel von der Kronen Zeitung (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, die Frau Gemeinderätin Binder ist am Wort und ich ersuche auch weiterhin bei diesem so ernsten Thema die Emotionen zurückzuschrauben und genauso zuzuhören, wie das vorher der Fall war.

GRin. **Binder**: Es ist mir ganz klar, dass die ÖVP sehr aufgeregt ist, wenn man sie genau dort erwischt, genau dort,...

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Tu nicht falsch zitieren.*

GRin. **Binder**: ...wo ihre Beulen sind, dann werden sie aufgeregt und dann werden Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, nicht zuhören können, sei es wie es sei, mehrere Hinweise, dass die Sozialhilfe drastisch gekürzt wurde. Die Zahlen hier sind nicht richtig, ich frage mich, was dahinter steckt, wenn man mit solchen Zahlen operiert. Die Oberflächlichkeit möchte ich anhand von einigen Beispielen auch bringen. Auf der ersten Seite schreibt Herr Klubobmann Hofrat Piffli-Percevic über die hohe Intelligenz, die man Roma-Kindern zuweist, da zitiert er die Generalkonsulin von Serbien und er schreibt dazu, dass sich aber diese hohe Intelligenz nicht unbedingt im schulischen Erfolg widerspiegelt. Da schneiden eben andere Kinder besser ab als die Roma-Kinder. Da frage ich mich allerdings, und einen Abschnitt weiter sagt er, zitiert er das Gymnasium in Pec und in diesem Gymnasium kenne ich zufällig wirklich zwei Lehrer, eine Lehrerin, einen Lehrer, schreibt er, dass also ein Drittel nach dem ersten Jahrgang, nehme ich an, ein Drittel



die Schule verlässt. Mich würde interessieren, kann mir die ÖVP zum Beispiel auch sagen, wie viele Schüler und Schülerinnen in Österreich die Schulen verlassen, wie viele Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher wir haben und, wenn es nicht gelingt, dass Schülerinnen und Schüler ihre Intelligenz auch entfalten können in einer Schule und je länger sie in die Schule gehen umso weniger Erfolg haben, dann sagt das ja etwas über die Schulstruktur und über das Schulsystem etwas aus und nicht über mangelndes Interesse vielleicht an Bildung und Fortbildung der Betroffenen. Besonders zynisch finde ich ja noch andere Dinge. Zum Beispiel, der ganze Antrag ist ein Erpressungsantrag, das heißt, die ÖVP ist ja nur bereit zu helfen, wenn vorher Bettelei verboten wird,...

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Unglaublich.***

**GRin. Binder:** ...aber wenn wir Böse da herinnen dieser Bettelei nicht Einhalt gebieten, dann wird die ÖVP auch nicht helfen wollen, dann werden Projekte nicht durchgeführt, dann werden Projekte nicht unterstützt, also das ist ja blanker Zynismus, der euch da reitet, wenn ihr helfen wollt, dann tut es ohne Erpressung, aber nicht so, wie ihr das hier angelegt habt.

***Zwischenruf GRin. Potzinger: Wir protestieren gegen das Wort Erpressung.***

**GRin. Binder:** Beschämend, Frau Kollegin Gesek, Sie sagen im Punkt 2) in Ihrem Antrag Folgendes: Ist das Landesgesetz im oben genannten Sinn, nämlich dass Bettler eingesperrt werden können und bei erschwerenden Umständen, wobei überhaupt nicht klar ist, was Sie unter erschwerend verstehen, soll ihnen auch noch

das erbettelte Geld abgenommen werden, das ist für mich Raub, das ist für mich Diebstahl. Aber was entsetzlich noch für mich noch zusätzlich ist...

*Zwischenruf GRin. Potzinger: Das werden wir Frau Burgstaller sagen.*

GRin. **Binder**: ...wenn das Landesgesetz im oben genannten Sinn neu formuliert wird und wenn alle Bettler und Bettlerinnen endlich weg sind aus unserer schönen Stadt, dann stellen wir eine Tafel auf, eine Tafel über die Roma und dann informieren wir die Menschen über die Volksgruppe in Roma in Europa, na wunderschön.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das steht nicht drinnen.*

GRin. **Binder**: Na toll, eine Installation werden wir anfertigen. Irgendwie wird mir auch kalt dabei. Ein anderer Punkt, was mich auch immer sehr überrascht. Wir wollen immer die Weisen sein, die wissen,...

*Zwischenruf GRin. Gesek: Das kann es wohl nicht sein.*

GRin. **Binder**: ...wie sich andere Menschen verändern müssen. Herr Klubobmann der ÖVP, Piffl-Percevic, Sie haben das Buch von Karl-Markus Gauß ausgeborgt, ich nehme an, Sie haben es auch gelesen und er schreibt von wohlwollender Erziehungsdiktatur, das ist genau der Punkt, wenn sich Roma und Sinti verändern,

wenn sie endlich einsteigen in die EU-Kultur und nicht schon wieder so tun, dass sie auch die nächsten Veränderungen und Neuerungsprozesse nicht packen und wieder am Rande stehen und in der Gesellschaft nicht nur in ihren Dörfern am Rande angesiedelt in Ghettos sind, dann sind sie selber schuld, sie sollen sich doch anpassen ein bisschen an uns. Also dieser Vorwurf passt in diesen Zynismus, der in diesem Antrag drinnen ist. Also mir hat das sehr aus dem Herzen gesprochen, dieser Begriff wohlwollende Erziehungsdiktatur, wo man alles austreiben will an Verhaltensweisen, die andere haben, die uns aber nicht passen und die uns stören. Zu Veränderungsmöglichkeiten, es gibt schon Möglichkeiten, natürlich Projekte zu unterstützen und auch hier möchte ich eines sagen, Projekte, die unterstützt werden von uns, können aber nur mit den Betroffenen ausverhandelt und geplant und organisiert werden (*Applaus SPÖ und KPÖ*). Es wäre der falsche Weg, wenn wir uns Projekte ausdenken und sie dann sozusagen als gute Gabe, Fürsorge hat der Herr Klubobmann gesagt, den Begriff hat er heute auch einmal verwendet, Fürsorge.

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Aber nicht im Zusammenhang mit dem Projekt.*

GRin. **Binder**: Sozusagen mit einem reichen Gabentisch an Projekten dann hinauskommen. Die zweite Ebene, da gebe ich auch der Klubobfrau Maxie Uray-Frick Recht, das ist die EU-Ebene, nur auf dieser Ebene können wirklich wirksame Lösungen entwickelt werden.

*Zwischenruf GR. Herper: Sanktionen mit den Ländern.*

GRin. **Binder**: Auch die Slowakei zu zwingen, ihren Aufgaben nachzukommen. Zum Schluss möchte ich noch anfügen, aber Grundvoraussetzung, um überhaupt politisch unterstützen zu können, aber auch projektmäßig unterstützen zu können, ist, das wir verstehen, dass wir verstehen auch die lange Geschichte der Verfolgung, der Benachteiligung, der Diskriminierung der Roma und Sinti, dass wir verstehen, dass diese Vertreibungen auch in den Vernichtungslagern geendet haben und ich möchte erinnern, dass auch bei uns in Österreich Roma und Sinti leben und dass der Umgang mit dieser Volksgruppe auch bei uns in Österreich zum Großteil auch ein sehr beschämender ist (*Applaus SPÖ und Grüne*). Meine Fraktion wird der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Ich glaube, Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, ich glaube, die unvoreingenommenen Zuhörer auch auf der Galerie, was die einzelnen taktischen Züge in den Wortmeldungen betrifft, denn ich kann das nicht anders bezeichnen, dass solche das Motiv für die Wortwahl für die Argumentation immer wieder in fast allen Wortmeldungen waren. Frau Kollegin, Frau Klubobfrau Binder. Der Antrag ist gestern um 16.00 Uhr allen Fraktionen zugegangen, wenn der Kollege Fabisch als Mitglied des KP-Klubs, ich weiß nicht, wann er dann von der Klubführung den Antrag bekommt, vielleicht glaubt, das Wort Luxus gelesen zu haben, das ist natürlich nicht zu entschuldigen, aber ich stelle es klar, das kommt hier nicht vor, weil für die anderen Zuhörer seiner Wortmeldung hätte der Eindruck entstehen können, aber Sie haben den Antrag um 16.03 Uhr mittels Mail gehabt gestern und du unterstellt diesem Antrag Formulierungen und einen Sinn, der nur vorsätzlich so ausgelegt werden kann, wie du möchtest. Dein ganzer Widerspruch bei deiner Wortmeldung wird allein darin ersichtlich, dass du das Problem in vielen Passagen deiner Wortmeldung als überaus virulent, aus überaus dringend bezeichnest, mit Recht, aber die Behandlung des Antrages als für nicht dringlich plädierst (*Applaus ÖVP*). Es gibt sehr wohl, und ich darf das noch einmal an den Beginn meines Schlusswortes stellen, darüber brauchen wir wohl nicht reden, eine absolute Übereinstimmung aller, dass wir die untragbare Situation dieser Menschen wirksam verbessern wollen, das nehme ich jetzt für alle in Anspruch (*Applaus ÖVP*). Differenzen, das ist auch noch keine böse Diagnose, gibt es darin, wie dieses Ziel

optimal bestmöglich, soweit diese Worte im Zusammenhang mit dieser Diskrepanz überhaupt gestattet sind, wie dieses Ziel effizient oder sinnvoll, wie dieser Weg effizient oder zielvoll gewählt werden soll. Und es ist überall erfolgt in jeder Wortmeldung auch die Übereinstimmung hinsichtlich des Ziels. Diesbezüglich gibt es von mir auch keinen Vorwurf, aber gravierende Unterschiede, wie wir dorthin gelangen sollen. Gegen Rassismus und Diskriminierung sind wir alle, ich möchte...

***Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.***

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Lasst ihn jetzt ausreden.***

Dr. **Piffli-Percevic**: Ich stelle nochmals an den Beginn der Kritik eurer Wortmeldungen hinsichtlich des Weges für alle, die der Dringlichkeit nicht zustimmen, nochmals dieser Umstand, das ist unerträglich, es ist dringlich und es würde sehr wohl einer Beleuchtung dieses Problems von verschiedenen Aspekten aus dem Aspekt der Sozialhilfefürsorge, ich hoffe der Ausdruck ist nicht inkorrekt, es ist in den Köpfen vieler Leute ein Begriffsbündel, es ist der Aspekt, der ordnungspolitische Aspekt, die Menschen in unserer Stadt haben auch darauf Anspruch, dass Dinge ordentlich vonstatten gehen, das ist auch ein Anspruch hier und es gibt auch den medizinischen Aspekt in mehrer Hinsicht auch, was die Versorgung dieser Menschen betrifft und ich bin einfach überzeugt davon, dass diese Art und Weise, es kommt der Winter heran, wie diese Leute von Früh bis spät nochmals oft auch mit Kindern,...

***Zwischenruf GRin. Edlinger: Kinderbetteln ist verboten.***

Dr. **Piffl-Percevic**: ...wie diese Frauen am kalten Asphalt und auf dem Pflasterboden einfach hocken und ihr ganzes Elend zum Ausdruck bringen, einfach dann erniedrigend ist, wenn wir nicht effizient dagegen etwas tun (*Applaus ÖVP*).

**Zwischenruf GR. Kolar: Ohne Verbot kann man nichts unternehmen?**

Dr. **Piffl-Percevic**: Es soll das Betteln verboten werden, da danke ich der Frau Kollegin Binder, das wissen wir auch alle, welches Schicksal diese Volksgruppe in ihren finstersten Jahren des letzten Jahrhunderts erlebt hat, ich danke dafür, weil es mir die Möglichkeit gibt, nochmals darauf hinzuweisen, es geht nicht um die Vertreibung dieser Leute, sondern es geht etwa auch, dass man diesen Menschen und das ist ein Projekt, das der Herr Bürgermeister Nagl, der ebenfalls angegriffen wurde und sich jetzt hier nicht selbst verteidigen kann, dieses Projekt, das er mit über der Hälfte der Grazer Pfarren auch mitunterstützt hat, natürlich mit Hilfe der Stadt und damit von Ihnen allen und auch der Bevölkerung, diese armen Menschen, und es handelt sich um Armut, darüber gibt es ja überhaupt keine Frage, dass diese in Arbeitsprozesse tendenziell integriert werden. Denn die jetzige vorherrschende, und es gibt dieses Projekt immer noch, ich glaube, das verdient auch eine Erwähnung, das soll man machen und es sollen die Leute durch ihr Betteln, das hat doch keine Zukunft, nicht tendenziell damit nochmals auch von ihrem heimischen Arbeitsmarkt, das sage ich jetzt nicht mit Zynismus, weil wenn die nicht da sind, ist der Staat auch weniger stimuliert, taugliche Arbeitsbeschaffungsprogramme für diese zu machen, indem wir sie hierher ihnen das ermöglichen, entziehen wir sie auch von der Möglichkeit, am heimischen Arbeitsmarkt Verbesserungen...

**Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Jetzt sind sie wieder selber schuld, dass sie keine Arbeit haben.**

***Zwischenruf GR. Herper unverständlich.***

Dr. **Piffl-Percevic**: Ich habe ausdrücklich vorausdenkend für deine Gedankengänge Karl-Heinz Herper, die sehr logisch sind immer wieder, ich möchte es nicht als zynischen Beitrag, aber die Slowakei erspart sich Anstrengungen hinsichtlich der Arbeitsbeschaffungen, wenn täglich Tausende auspendeln um einer anderen, in ihrem Sinne, anderen Arbeit nachzugehen und zwar im Ausland. Das ist auch ein Nebeneffekt, gegen den sich unser Antrag wendet.

***Zwischenruf GRin. Edlinger: Tausende Vorarlberger pendeln in die Schweiz.***

Dr. **Piffl-Percevic**: Und Frau Stadträtin Kaltenbeck, ich glaube, das geht jetzt wirklich in Richtung Zynismus, Frau Kollegin Tatjana Kaltenbeck, ich schätze deine Anstrengungen und deine menschliche und humanistische, ich darf dich da vereinnahmen, durchaus christlichen Ansätze, die du gefunden hast über das Schicksal dieser Menschen im gemeinsamen Bestreben, im gemeinsamen Ziel, aber auch uns trennen natürlich Diskrepanzen über die Erreichung dieses Ziels und ich bin mit dir einer Meinung, demokratiepolitische Überlegungen, wenn wir hier endlos über demokratiepolitische Diskussionen abführen, das ist kein wirklicher Beitrag, die Situation dieser Leute zu verbessern. Eines muss aber trotzdem gesagt werden zum demokratiepolitischen Aspekt, es ist nach unserer Auffassung und nach unserem Gutachten diese Vorgangsweise legal im Sinne der österreichischen Rechtsordnung, siehe Beispiel Salzburg und Tirol und auch, weil diese Stimmen auch ins Treffen geführt wurden, es widerspricht auch nicht der österreichischen Grundrechtsordnung und auch nicht der EU-Menschenrechtskonvention und den menschenrechtlichen Bestimmungen, wie wir sie alle natürlich für uns und für andere in Anspruch nehmen.

Dieser Eindruck, diesen muss ich zurückweisen, es ist eine legale Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen.

***Zwischenruf GR. Herper: Das letzte Landessicherheitsgesetz...***

Dr. **Piffi-Percevic**: Wir haben Gerichtshöfe und selbstverständlich sind wir die Letzten, die die Urteile und Erkenntnisse missachten würden. Wir wollen uns strikt daran halten. Vielmehr gibt es zum Beispiel, Tatjana Kaltenbeck-Michl, eine Konvention des Europarates gegen Menschenhandel und ich darf nur, ich hatte es noch nicht gewusst, es gibt dort auch den vermehrten Kampf gegen organisiertes Betteln als Form, als Ausformung des verbotenen Menschenhandels und Frauenhandels, das ist eine Konvention, die erst seit kurzem international ratifiziert wurde und nationales Recht ist, ich wollte auf diesen Aspekt noch hinweisen und ersuche dich und fordere dich auf, auch diesem Aspekt nachzugehen im Rahmen deiner Kompetenz, wenn du uns das zusagst (*Applaus ÖVP*)...

***Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das ist Sache der Polizei.***

Dr. **Piffi-Percevic**: Ich darf zum Schluss kommen. Eine Richtigstellung noch, uns liegen Informationen vor und der Antrag kann nur auf Informationen beruhen, ich bin kein slowakischer Sozialrechtsexperte, es gibt aber Menschen, die hauptberuflich in karitativen Organisationen auch tätig sind, deren tägliches Befassen mit dieser Materie auch für uns ermöglicht, deren Auskünfte hier zitabel zu machen und als Grundlage für Anträge zu wählen. Dort ist immerhin, scheint außer Streit, dass der Mindestlohn, das Mindestgehalt in der Slowakei 184 Euro beträgt, dem müssen wir geschätzte ebenfalls von vielen bestätigte Einkünfte aus ihrer Betteltätigkeit hier



gegenüberstellen und auch die von Pfarrer Pucher heute hier kolportierte Zahl, an der ich ja auch nicht zweifle, weil sie ja auch schriftlich bewiesen ist, 148 Euro Sozialhilfe gehören hier dazugestellt und wir werden morgen selbstverständlich Gelegenheit haben, mit den Fachleuten auch in diesem runden Tisch auch diese Zahlen zu diskutieren, nur es ändert nicht viel daran, dass die derzeitige Situation, mit der wir hier konfrontiert sind, mit der diese Bevölkerungsgruppe konfrontiert ist, unhaltbar ist und ein dringender Handlungsbedarf gegeben ist. In diesem Sinne appelliere ich an alle, das gemeinsame Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren und der Dringlichkeit dieses Antrages zuzustimmen (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßiger Behandlung zugewiesen.***

## **2) ÖBB-Lehrwerkstätte; Petition an die Bundesregierung**

GR. **Perissutti** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Perissutti**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wichtig speziell Maßnahmenpakete gegen die eklatante Jugendarbeitslosigkeit sind, wird zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit – auch von Mitgliedern der Bundesregierung – immer wieder betont, doch wenn es um die Praxis geht, folgen diesen Worten oft keine Taten. Paradebeispiel: die ÖBB-Lehrwerkstätte in Graz, wiederholt sich fast so sicher wie Weihnachten.

Bereits im Jahr 2001 hatten die - privatisierten - ÖBB aus Einsparungsgründen die Lehrwerkstätte Graz schließen wollen. Nur eine Finanzspritze der Stadt Graz in der Höhe von 181.682 Euro vereitelte damals im allerletzten Moment das Zusperrren.

Was die Bahnmanager jedoch nicht daran hinderte, im Vorjahr erneut die Existenz der Grazer ÖBB-Lehrwerkstätte in Frage zu stellen: Damals stand der Grazer Standort gemeinsam mit Wien-Liesing, St. Pölten und Feldkirch auf der „Abschussliste“. Der nunmehrige Landeshauptmann Franz Voves und Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk schafften es jedoch gemeinsam, Infrastrukturminister Hubert Gorbach zu bewegen, den Erhalt unserer Grazer Lehrwerkstätte zuzusagen. Wien-Liesing hatte da zum Beispiel weniger Glück - dort ist der Zug für die Lehrlingsausbildung bei den ÖBB mittlerweile endgültig abgefahren.

Doch weil nicht nur aller guten, sondern vieler schlechten Dinge drei sind, folgt nun der dritte ÖBB-Management-Angriff auf die Grazer Lehrwerkstätte. Diesmal in Form der so genannten Salamitaktik – geplant ist nämlich jetzt die Reduktion der Ausbildungsplätze, was in weiterer Folge das Aus für den Standort Graz bedeuten würde.

Der Hintergrund: Die Kosten für einen Lehrling haben sich für die ÖBB auf Grund einer Umlagenerhöhung für Holding und Management um 85 Euro auf 832 Euro pro Monat erhöht, was für die ÖBB österreichweit eine Kostensteigerung um 1,009.800 Euro bedeutet. Um diesen Zusatzbelastungen entgegenzuwirken, hat sich das ÖBB-Management entschlossen, österreichweit 30 Ausbilder im Alter von 53 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand zu versetzen, darunter zwei der bisher fünf Ausbilder in Graz. Da aber jeder Ausbilder im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes nur 15 Lehrlinge betreuen darf, können in Graz damit nur noch 45 statt bisher 75 junge Menschen auf ihre berufliche Zukunft vorbereitet werden - der Rest muss nach Knittelfeld auspendeln. Das heißt: Neue Lehrlinge können in Graz überhaupt nicht aufgenommen werden – und darüber hinaus müssen sogar elf Lehrlinge wegen dieser Einsparungsmaßnahme zur Fortsetzung ihrer Lehre, die sie in Graz begonnen hatten, nach Knittelfeld auspendeln. Das bedeutet für diese jungen Menschen, dass sie von zu Hause ins Lehrlingsheim Knittelfeld - monatliche Kosten: 141 Euro plus 75 Euro Verpflegungsgeld - umziehen müssen, oder einen Anfahrtsweg von zusätzlich 75 Kilometern in Kauf nehmen müssen. Und das, obwohl Infrastrukturminister Gorbach noch im September 2005 unmittelbar vor der Landtagswahl in einem persönlichen Brief jedem ÖBB-Lehrling versicherte, sein Ministerium übernehme für jeden Lehrplatz die Patenschaft für die gesamte Lehrzeit.

Jetzt werden aber elf Menschen zu Pendlern gemacht. Und Insider gehen darüber hinaus bereits davon aus, dass die noch vorhandenen 45 Ausbildungsplätze in Graz sukzessive reduziert werden, sodass überhaupt keine neuen Lehrlinge mehr aufgenommen werden und der Standort Graz damit schleichend stillgelegt wird.

Dem kann aber wirklich nicht wort- und tatenlos zugesehen werden: Da geht es um die Berufsausbildung junger Menschen, da geht es um die Zukunft junger Menschen in Graz.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat möge Herrn Infrastrukturminister Hubert Gorbach beziehungsweise seinen Nachfolger mittels Petition auffordern, sich für die Beibehaltung der ÖBB-Lehrwerkstätte am Standort Graz, für deren Sicherung ja auch die Stadt Graz viel Geld ausgegeben hat, in vollem Umfang einzusetzen und auf das ÖBB-Management einzuwirken:

- a) in Graz für ausreichend Ausbildungspersonal zu sorgen, damit alle Lehrlinge in Graz ihre Ausbildung fortsetzen können und
  - b) die Schließungspläne für die Grazer Lehrwerkstätte endgültig ad acta zu legen.
- Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Slamanig** zur Dringlichkeit: Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte nicht nur das Problem für dringlich erachten und den Antrag unterstützen, sondern ich will vor allem daran erinnern, dass bei einem Gipfel, den seinerzeit Landesrat Paierl einberufen hat, im gegenüberliegenden weißen Saal des Landtages die Wirtschaft damals Überlegungen angestellt hat zu sagen, also uns ist die Lehrwerkstätte Graz wichtig und wir werden versuchen, dass die Lehrwerkstätte erhalten wird mit Unterstützung der steirischen Wirtschaft. Mit ist seither nichts mehr bekannt geworden, dass aus dieser Richtung irgend etwas gekommen wäre. Da muss man

das große Fragezeichen stellen. Das Zweite ist, dass natürlich der Infrastrukturminister Gorbach auch der Lehrwerkstätte in der Pflicht steht und von ihm hört man jetzt, wie es auch aus dem Antrag hervorgeht, überhaupt nichts mehr. Die dritte Säule dieser Geschichte hat den internen Rahmen zur Kritik und da bezeichne ich den ÖBB-Vorstand, der immer wieder erklärt, dass er sich dieses oder jenes nicht leisten kann und dass er intern erklärt, dass wir keine Lehrlinge mehr brauchen oder Fachkräfte. Punkt ist, dass derselbe ÖBB-Vorstand unter dem Vorstandsdirektor Moser, der heute einmal schon genannt wurde in diesem Haus, in den letzten Jahren über 95 Millionen Euro Beratungskosten, der Herr Huber, aufgewandt hat, um die ÖBB weiter zu reformieren und letztendlich wird also selbst dieser Einsatz von Mitteln also nicht dazu führen, dass irgend etwas verbessert wird in dem Unternehmen. Deshalb sage ich, es ist in Graz notwendig, alle jene, die mit Wirtschaftsentwicklung überhaupt etwas zu tun haben, noch einmal auf einen Tisch zu bringen und diese Fragen, die in diesem dringlichen Antrag zum Ausdruck kommen, ernsthaft zu behandeln und auch, dass man wie das 2001 der Fall war, also in einer großangelegten Rettungsaktion versucht hat, die Wichtigkeit der Lehrwerkstätte also außer Zweifel zu stellen und die notwendigen Mittel dafür einfach aufzubringen und das muss und soll auch diesmal möglich sein im Jahre 2006. Und wir unterstützen diesen dringlichen Antrag und hoffen, dass sich die Verantwortungsträger in Stadt und Land darüber bewusst sind, wie bedeutsam nicht nur für die Lehrlinge in Graz, sondern für den Wirtschaftsstandort Graz eine jener wichtigen qualifizierten Ausbildungsstätte noch ist (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! Ich darf namens unserer Fraktion sagen, dass wir selbstverständlich, da uns allen gemeinsam die Ausbildung und die Beschäftigung junger Menschen ein großes Anliegen sind, diesen Antrag unterstützen werden und der Dringlichkeit dieses Antrages selbstverständlich zustimmen werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Auch wir werden den steten Kampf um diese ÖBB-Lehrwerkstätte selbstverständlich mittragen, weil das ist ja offensichtlich eine endlose Geschichte. Immer wieder stehen wir einmal vor dem Aus und gerade in einer Zeit, wo es für junge Menschen wirklich schwer ist, Ausbildungsplätze zu finden und in das Berufleben einzusteigen, kann sich der Bund, auch wenn, vertreten hier durch die ÖBB, nicht aus der Verantwortung ziehen, wir werden daher der Dringlichkeit selbstverständlich zustimmen.

GRin. **Rücker**: Auch wenn man aus der Ausdünnung der Reihen da herinnen wahrnimmt, wie wichtig das Thema manchen zu sein scheint, bin ich doch froh über den Antrag. Wir unterstützen natürlich die Dringlichkeit und den Inhalt, auch deswegen, weil wir ja doch im aktuellen Wahlkampf hin und her zu wenig über dieses Thema hören, nämlich von der Ebene, wo eigentlich dieses Thema ganz massiv versorgt gehören würde. Also Unterstützung voll und ganz von uns.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ich möchte nur aufmerksam machen, meine Damen und Herren, dass ich auch durchaus initiativ geworden bin. Ich habe schon Ende August dem zuständigen Vizekanzler ein entsprechendes Ersuchen geschickt. Ich habe bis zum heutigen Tag ebenso auch vom Generaldirektor der ÖBB keine wie immer geartete Antwort erhalten. Deswegen glaube ich, ist es wichtig, dass dieser Gemeinderat hier heute ein deutliches Zeichen für die Ausbildungsstätte in der Waagner-Biro-Straße in Graz zum Ausdruck bringt.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## 2) Schaffung eines „Ordnungsamtes“/Abteilung für öffentliche Sicherheit“

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht in meinem dringlichen Antrag auch um einen sogenannten Fortsetzungsantrag, möchte ich gerade sagen und die meisten von Ihnen/von euch werden sich noch erinnern können, dass ich im Laufe des Vorjahres auch zu diesem Thema hier an diesem Pult gestanden bin und diesen dringlichen Antrag damals eingebracht habe. In weiterer Folge gab es dazu auch noch eine Anfrage im Dezember des vergangenen Jahres. Und zwar darf ich noch ein bisschen kurz zurückblicken und darauf hinweisen, dass, wie gesagt, am 16. Juni 2005 hier, übrigens alle Gemeinderatsfraktionen haben sich dieser Dringlichkeit und dem Inhalt damals angeschlossen, ich in diesem Antrag damals eingefordert habe, dass die Magistratsdirektion damit beauftragt werden sollte zu überprüfen, inwieweit eine Magistratsabteilung für öffentliche Sicherheit nach Vorbild der Ordnungsämter in deutschen Städten eingerichtet werden und welche Bereiche eine solche zu schaffende Abteilung grundsätzlich abdecken könnte.

Nur zur Erinnerung der Hintergrund des damaligen dringlichen Antrages, und ich darf dazu aus dem Motivenbericht aus dem Vorjahr zitieren: Es gibt eine Vielzahl ortspolizeilicher Verordnungen im Bereich der Stadt Graz, die sich jedoch auf Grund mangelnder Überwachungsmöglichkeiten als mehr oder minder zahnlos erweisen, wodurch sogar ein gegenteiliger Effekt erreicht wird. Denn die beste im Sinne der Bevölkerung zu deren Schutz beziehungsweise Sicherheit erlassene Verordnung fruchtet nichts, wenn deren Einhaltung nicht entsprechend kontrolliert wird. Sondern es führt dazu, dass der Unmut der Bevölkerung noch größer wird, weil eben niemand zum Beispiel, um nur jetzt das eine oder andere zu nennen, gegen frei laufende Hunde auf Spielplätzen oder gegen Lärmerregungen oder gegen Radfahrer und -Innen auf Parkwegen etc. einschreitet. Viele werden sich natürlich hier berechtigt fragen, könnte dies nicht die Polizei tun diese Kontrolle, natürlich, keine Frage, wäre dies durchaus möglich, aber ich glaube auch in diesem Zusammenhang sei wieder der Step in diese Richtung gestattet, dass wir wissen, wie die personelle Situation bei der Grazer Polizei sich momentan darstellt und dass wir gegenüber vor einigen

Jahren doch eine merkbare und spürbare und leider vor allem für die Grazer Bevölkerung leidvolle drastische Reduzierung von Dienstposten durch die Polizeireform zur Kenntnis nehmen mussten und auf der anderen Seite doch auch, und die Zahlen in den Medien beweisen es ja leider fast täglich, die Kriminalität leider nicht sinkt. Es fehlt einfach hier entsprechendes Personal und auf der anderen Seite wäre natürlich die Präsenz unheimlich wünschenswert, ist aber auf Grund der geschilderten Umstände nicht so leicht erreichbar.

Dies bedeutet, dass es zielführend und zweckmäßig wäre, mit der Kontrolle dieser Verordnungen eine städtische Behörde zu betrauen. Dass Derartiges funktioniert, habe ich bereits vor über einem Jahr hier kundgetan und auch Beispiele aus anderen Städten hier gebracht.

Und es kann auch niemand behaupten, dass das nicht eine sinnvolle Sache wäre und es wurde auch letztendlich von der Magistratsdirektion in Beantwortung dieses Antrages beziehungsweise der Anfrage eine breite Palette möglicher Betätigungsfelder für ein derartiges Ordnungsamt aufgelistet: Ja, geht es nach dieser Aufstellung und den möglichen Aufgabenbereichen, müsste man ein solches Ordnungsamt so schnell wie nur möglich in Angriff nehmen. Aber es kommt noch besser: Zum Teil - wenn auch auf Ämterebene - ist vereinzelt sogar mit der Umsetzung dieser Überlegungen begonnen worden. Ich denke hier, und diese Sache ist ja keine Unbekannte, die so genannte „Sonderkommission Gastgartensperrstunde“, oder ich denke hier auch an Kontrollen in Bezug auf Jugendschutz, wo es ja schon Ansätze in Richtung eines möglichen Kontroll- und Ordnungsamtes gegeben hat und immer wieder von gewaltigen Erfolgen in diesem Zusammenhang auch gesprochen wird.

Das sind sehr wohl begrüßenswerte Ansätze, die eben beweisen, dass ein Ordnungsamt nicht nur eine Notwendigkeit wäre, sondern auch Erfolge zeitigen könnte - die derzeitigen Einzelaktionen sind eher aus unserer Sicht ein Stückwerk; was wir wirklich brauchen, ist eine konzertiertes, auf klaren Strukturen aufbauendes und alle Bereiche berücksichtigendes Modell. Und gerade jetzt ein solches Modell zu überlegen, wäre auch deshalb wichtig, weil im kommenden Jahr eine Entscheidung über die Zukunft auch der Form der Parkraumbewirtschaftung erfolgen soll. Denn

speziell der Bereich Parkraumbewirtschaftung könnte - ich denke wiederum an die deutschen Beispiele, aber auch an die so genannte Stadtpolizei in Bregenz - natürlich auch ein überaus interessantes Aufgabengebiet für ein künftiges Ordnungsamt sein und noch dazu auch unter Umständen ja den einen oder anderen finanziellen Vorteil für die Stadt mit sich bringen. Nicht nur, dass die externe Vergabe der Parkraumüberwachung mit hohen Kosten verbunden ist, könnten über die Einbindung, wie gesagt, hier unheimlich viel an Synergien genutzt werden, da man sich bei Kontrollgängen nicht allein auf Parkstrafen konzentrieren würde, sondern die Präsenz der städtischen Organe dann eine weit umfassendere Wirkung - auch auf das Sicherheitsgefühl der Grazer und Grazerinnen - hätte. Ich denke aber auch an die Diskussion der Zukunft der Bezirksämter - diese könnten, das Beispiel Berlin zeigt es, als dezentrale Stützpunkte genutzt werden für solche Ordnungsorgane. Auch dies ist ein Aspekt, der bislang nicht entsprechend berücksichtigt wurde beziehungsweise vernachlässigt wurde.

Es gibt also viele gute Gründe, sich jetzt rasch und intensiv der Frage zu widmen, inwieweit für Graz ein so genanntes Ordnungsamt aufgebaut werden soll. Wobei die Stadt Graz ja das sprichwörtliche Rad nicht neu zu erfinden bräuchte, sondern zum Teil einfach nur über den noch sprichwörtlicheren Tellerrand hinauszublicken bräuchte, Beispiel Stadtpolizei Bregenz, auch wenn dort diese Stadt nicht unbedingt ein eigenes Statut hat, wie mir der Herr Magistratsdirektor vor kurzem zugeflüstert hat oder auch die Bezirks-Ordnungsämter nach Berlin. Warum sollte in Graz etwas nicht funktionieren, was anderswo sehr erfolgreich bereits diese Einrichtung zum Einsatz gekommen sind?

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge den Auftrag erteilen, dass unter Koordination der Magistratsdirektion und unter Einbeziehung der Erfahrungen in österreichischen und deutschen Städten ein konkretes Konzept für die Schaffung eines Ordnungsamtes für die Stadt Graz entwickelt wird, wobei dieses Konzept zwei



Varianten - nämlich mit und ohne Einbeziehung der Überwachung der Kurzparkzonen beziehungsweise des ruhenden Verkehrs insgesamt - zu beinhalten hat und dieses konkrete Konzept dann dem Grazer Gemeinderat zur weiteren Beratung bis Jänner nächsten Jahres vorzulegen ist. In diesem Sinne darf ich die Fraktionen bitten und die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, diesem dringlichen Antrag auch in Erinnerung, dass sie damals dieser Prüfung, welche Aufgaben hier ein Ordnungsamt erfüllen könnte und hier dies ein weiterer Schritt wäre in Richtung Erstellung eines konkreten Konzeptes, Programms, einer Umsetzungsmöglichkeit einfach die Zustimmung erteilen könnte. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick** zur Dringlichkeit: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist manchmal verwunderlich, wie unterschiedlich es ist, wenn ein freiheitlicher das Wort Ordnungsamt in den Mund nimmt, dann ist das was ganz Grausliches und alles Böse, wenn das ein sozialistischer oder sozialdemokratischer Gemeinderat tut, dann ist das natürlich was ganz anderes (*Applaus ÖVP*). Nichtsdestotrotz werden...

***Zwischenruf GRin. Krampl: Ein bisserl ein Unterschied muss schon sein.***

***Zwischenruf: Es ist auch was anderes.***

Mag. **Uray-Frick**: Na wir haben hier also auch schon verschiedene Modell vorgestellt, aber es geht uns ja um die Sache und nicht um irgendwelche Polemik. Daher werden wir der Dringlichkeit zustimmen, wir werden heute auch einen ähnlichen Antrag einfach der Synergien des Zusammenführens der Dinge in einem Antrag von Harald Korschelt haben und auch die Andrea Sickl hat im Bereich des Jugendschutzes also so etwas angedacht. Wie auch immer, das ist ja jetzt nicht

wirklich unsere Aufgabe, das im Detail zu prüfen, sondern das sollen die Ämter machen, das sollen die Fachämter machen, aber es ist sicher nicht nur im Sinne einer sparsamen, sondern auch im Sinne einer effizienten Verwaltung hier ein Modell zu entwickeln. In diesem Sinne Ja zur Dringlichkeit und Ja zum Antrag.

StR. **Miedl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! So ganz einfach ist die Geschichte nicht, ich habe mir den Antrag ganz genau angeschaut. Es gibt eine Kompetenzsituation in Österreich. Es gibt Bundesgesetze, es gibt Landesgesetze und ortspolizeiliche Verordnungen. Alles miteinander ist verquickt, es gibt Behörden, es gibt verschiedene Zuständigkeiten, wobei die Stadt Graz als Bezirksverwaltungsbehörde zum einen zu sehen ist und zum anderen als Kommune. Das ist ein Rechtskonstrukt und es gibt darüber hinaus eine Bundesverfassung, die uns vorschreibt zum Beispiel, dass zum Beispiel Graz nicht gleich zu behandeln ist wie Bregenz. In Orten wo Bundespolizeidirektionen errichtet sind oder eingerichtet sind, darf kein eigener Wachkörper errichtet werden, das ist laut Artikel 118 Bundesverfassungsgesetz. Das heißt, wir haben eine sehr diffizile Rechtsordnung und es ist...

*Zwischenruf GR. Herper: Wir sind aber Statutarstadt.*

StR. **Miedl:** Ich weiß das ganz genau, Herr Kollege Herper, ich habe mich auch sehr intensiv damit auseinandergesetzt und es ist natürlich nicht vergleichbar, das was in deutschen Städten möglich ist, ist natürlich auf Grund der Verschiedenartigkeit der Rechtslagen nicht auf Graz und auf Österreich transformierbar. Soweit einmal die Rechtslage. Jetzt gibt es inhaltlich ein paar Probleme und ein paar Zuständigkeiten, meine Damen und Herren, weil mich der Bürgermeister Siegfried Nagl relativ rasch nach meiner Amtsübernahme gebeten hat, im Hinblick auf genau diesen dringlichen Antrag und im Wissen darum, dass ich Ämter übernommen habe, die genau in die

Vollziehung mancher dieser Gesetze sozusagen passen würden, hat er mich gebeten, diese Aufgaben ernsthaft wahrzunehmen. Meine Damen und Herren, ich habe mir dann angeschaut, was hätten wir zu tun. Wir haben die Situation, Herr Kollege, dass wir zum Beispiel in der Monsbergergasse Lokale haben, die uns Probleme und Sorgen machen. Wir haben die Situation gehabt, dass wir in der Kernstockgasse Vereinslokale haben, die als Gaststätten betrieben werden ohne dass sie jemals irgendeine Abgabe, eine Steuer bezahlt hätten, noch irgendeine Auflage erfüllt hätten. Wir haben die Situation gehabt, meine Damen und Herren, dass das Jugendschutzgesetz seit mehr als 10 Jahren ungeahndet ist in dieser Stadt. Wir haben eine gesetzliche Situation und niemand nimmt sie wahr. Jetzt frage ich mich, gibt es dafür keine Zuständigkeiten, ist in dieser Stadt niemand zuständig? Oder wurden Zuständigkeiten, die klar geregelt sind, einfach nicht wahrgenommen. Ich bin der Sache nachgegangen und habe bestimmte Dinge umgesetzt. In der Kernstockgasse innerhalb von drei Monate diese Lokale geschlossen, weil sie rechtswidrig sind, die den Bürgern dort Probleme machten. Ich habe in der Mondscheingasse, Herr Kollege, ich habe dir einen Brief geschrieben, was ich getan habe in der Mondscheingasse, die Gewerbeordnung, die ich ja nur zum Teil vollziehen kann, zwingt mich auch zu einem gesetzmäßigen Handeln, Legalitätsprinzip, habe ich dort Fristen gesetzt und habe begonnen sehr intensiv und sehr eng mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Community Policing heißt das Stichwort. Und das stimmt nicht, dass keine Ressourcen bei Polizei oder Magistrat vorhanden wären, ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren. Ich war ernsthaft dahinter und habe meine Kompetenzen wahrgenommen und jetzt werde ich Ihnen was sagen: Wir haben und ich habe dem Stadtsenat versprochen, dass ich die etwas liberalere Gastgartensperrstunde sehr intensiv überwachen werde. Wir haben die Mindeststrafe auf Grund einer Weisung von mir im Rahmen der gesetzlichen Kompetenz, die ich wahrgenommen habe, Herr Kollege Herper, angehoben auf 780 Euro, bei Gott empfindlich und ich bin hergegangen und habe gestraft und meine Beamten haben mich gefragt, Stadtrat, meinst du das ernst, weil es wird Probleme geben. Ich habe gesagt, das ist mir vollkommen klar, aber wenn ich ein Gesetz vollziehen muss, muss es auch eine Grenze geben und wenn ich als politischer Referent zu feig bin, diese Grenze einzuhalten, dann nutzt mir auch ein Ordnungsamt nichts, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP*). Und jetzt werde ich Ihnen paar Zahlen sagen, wir haben im Gastgartenbereich 17-mal angezeigt, wir

haben nach den Betriebsstättengenehmigungen 11-mal angezeigt und es waren die Jahre davor zwischen 120 und 150 Beschwerden, wir hatten heuer im Rahmen der Stadt Graz sieben Beschwerden und die Wirte, bei denen ich mich bedanken möchte, haben eine Disziplin an den Tag gelegt wie nie zuvor (*Applaus ÖVP*). Meine Damen und Herren, wir haben insgesamt bis zum heutigen Tag 162 Anzeigen nach den Übertretungen des Jugendschutzgesetzes erstattet seit damals und ich weiß aus diversen Rückmeldungen der Ämter, dass das vorher noch nie der Fall war. Und jetzt frage ich mich, was soll dieser Antrag, wenn die rechtliche Möglichkeit für die Stadt Graz ausreichend vorhanden ist und diese Dinge nur einfach nicht umgesetzt werden und ich denke, dass darf sich der Bürger erwarten und ich denke auch, dass der Steuerzahler ein Recht darauf hat, dass vorhandene Ressourcen so eingesetzt werden, dass man nicht für jede Aufgabe die da entsteht, ein neues Amt und eine neue Aufgabe sozusagen sucht (*Applaus ÖVP*). Daher, meine Damen und Herren, ich fordere heute namens der ÖVP-Fraktion alle Amtskollegen auf, diese Verantwortung, die ihnen per Gesetz übertragen wurde, da gibt es ja einen Eid, Herr Kollege Herper, wahrzunehmen und ich für meinen Teil werde mir herausnehmen, nach sechs Monaten noch einmal zu prüfen, inwieweit die anderen Amtskollegen ihre Aufgaben wahrnehmen. Nämlich,...

***Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Unglaublich.***

StR. **Miedl:** Ist schon unglaublich, Herr Kollege Ferk, ich lade dich ein und ich bitte dich, im Rahmen deiner dir zustehenden Möglichkeiten auch das Gesetz umzusetzen und nicht nach einem Ordnungsamt zu rufen. Nämlich wir haben die Ressourcen und wir haben die Beamten, die bei Gott gut arbeiten (*Applaus ÖVP*). In dem Sinne, meine Damen und Herren, sieht die ÖVP-Fraktion keinen Anlass, weder in der Dringlichkeit noch in der Sache hier eine Zustimmung zu erteilen, sondern auf Grund des ersten dringlichen Antrages, dem wir die Zustimmung erteilt haben, hat sich in dieser Stadt was getan, ich bitte die anderen, uns gleichzutun. In dem Sinne lehnen wir die Dringlichkeit ab (*Applaus ÖVP*).

**Zwischenruf GR. Herper: Der Oberkontrollor der Stadtregierung.**

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Bürgermeister! Am 16. 6. 2005 wurde vom Kollegen Eichberger, glaube ich, ein fast spiegelgleicher dringlicher Antrag eingebracht und wir haben den damals einstimmig hier im Gemeinderat beschlossen. Auf Grund dieses Antrages hat unser Herr Bürgermeister eine Antwort gegeben, darf ich kurz zitieren, das Präsidialamt – Verfassungsreferat stellt fest, dass es sich bei der Einrichtung eines Ordnungsamtes auf Grund unveränderter Rechtslage nicht um eine rechtliche, sondern vielmehr um eine organisatorisch persönliche Frage handelt. Auftragsgemäß wurde der gegenständliche Antrag in der Sitzung des Arbeitskreises Sicherheit am 27. Juli behandelt, wobei die oben angeführten Argumente vorgebracht wurden und festgestellt wurde, dass für die Errichtung eines Ordnungsamtes derzeit keine geeigneten Möglichkeiten gegeben sind, wenn ein entsprechender Vollzug gegeben sein soll. Hier kommt jetzt meine Frage, ob die Weiterführung dieses Projektes mir jemand die Antwort geben kann, die wird dann beauftragt, weitere Untersuchungen hinsichtlich der organisatorischen Fragen werden mit den betreffenden Ämtern noch vorgenommen. Meine Frage ist, sind diese Untersuchungen vorgenommen worden, gibt es ein Ergebnis? Unbeschadet dieser Antwort, werden wir der Dringlichkeit und dem Antrag wie im vergangenen Jahr zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn:** Wie der Kollege Eichberger schon richtig erwähnt hat, war ja der Beschluss im letzten Jahr einstimmig, das bedeutet, auch wir haben damals mit dem großen Vertrauensvorschuss, und das haben wir auch ganz deutlich dazugesagt, dem zugestimmt unter der Voraussetzung, dass eben wirklich zuerst einmal überprüft werden soll, ob ein derartiges Amt überhaupt Sinn mache, ob es überhaupt genügend Kompetenzen erfüllen kann, die unserer Stadt auch zustehen im Verhältnis zu dem, was die Polizei etc. machen darf. Es gab dann auch, wie im Antrag letzten Jahres gefordert, den Bericht durch den Herrn Magistratsdirektor im entsprechenden Arbeitskreis Sicherheit und so wie ich mich an die Diskussion

damals erinnern kann, war das schon so, dass seitens der Magistratsdirektion sozusagen erläutert wurde, was die rechtlichen Voraussetzungen in Deutschland für derartige Ordnungsämter sind, was die Unterschiede dazu in Österreich sind und was es gleichzeitig schwierig macht, bei uns mit dem Statut der Stadt und mit der Kompetenzzuständigkeit, mit den hoheitlichen Rechten von Polizei etc. und dem was Magistratsbedienstete tun dürfen und was nicht, dass es da schon erhebliche Schwierigkeiten gibt. Das ist sozusagen das, was ich mir aus der Diskussion mitgenommen habe. Auf die Rechtsfragen ist ja der Herr Stadtrat Miedl vorher schon relativ genau eingegangen, genauer als ich das kann, aber ich bin auch keine ehemalige Polizistin, wie gesagt, ich danke für die Informationen und ich kann dem trotz allem nicht zustimmen. Wir werden allerdings diesmal dem Antrag in der Dringlichkeit zustimmen, weil tatsächlich, wie gesagt, die Diskussion haben wir seit einem Jahr. Vor einem Jahr wurde aufgefordert, dass es einen Bericht geben soll an den Gemeinderat bis September, also bis zur jetzigen Sitzung und das Problem ist halt, dass wir, ich weiß jetzt, es hat eine Beantwortung gegeben zu dem dringlichen Antrag, die der Kollege Eichberger hat, aber leider wir zum Beispiel nicht, weil wir den Antrag nicht gestellt haben und wir haben das nicht bekommen. Jedenfalls aus diesem Grund und weil für uns viele Fragen offen sind, möchten wir jetzt nicht präjudizieren, dass auf Grund der derzeitigen Situation tatsächlich die Errichtung eines Ordnungsamtes durch die Stadt Graz vorgenommen wird. Wir können uns gerne noch einmal den entsprechenden Bericht zu Gemüte führen, vielleicht auch noch einmal weiter diskutieren, kein Problem, aber wir werden jetzt sicher nicht uns für die Erschaffung eines Ordnungsamtes unter den derzeitigen rechtlichen Vorgaben hier aussprechen können.

GR. **Eichberger:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, man darf sich ja nur mehr wundern in diesem Haus zum Teil und wenn da der Herr Stadtrat Miedl da ans Rednerpult geht und vollmundig erklärt, er schreibt mir einen Brief und es ist allein in der Mondscheingasse ob seines Einsatzes und seiner Tatkraft und seiner Energie und seines Durchsetzungsvermögens alles anders, dann frage ich mich, gibt es in dieser Stadt zwei Mondscheingassen, weil ich habe nämlich einen Brief erhalten von seiner Mitarbeiterin und nicht vom Herrn

Stadtrat und die Mitarbeiterin teilt mir mit, es ist alles kontrolliert worden, die Gastwirte sind alles fromme Lämmer, es gibt keinen Grund der Beanstandung, aber sollte irgendwann einmal wieder was passieren, dann können wir weiterreden. Und wenn der Herr Stadtrat diesen Brief nicht kennt, dann bin ich gerne bereit, in meinen Klub hinüberzugehen und ihm diesen Schriftverkehr zur Kenntnis zu bringen und genau der gleiche Stadtrat, der mir das ausrichten lässt, dass alles dort in Ordnung ist, das es keinen Handlungsbedarf gibt und die Ämter dort alles kontrolliert haben, erklärt hier selber, dass er dort für Recht und Ordnung gesorgt hat, da kann ja irgendwas bitteschön nicht stimmen (*Applaus SPÖ*).

***Zwischenruf GRin. Edlinger: Das ist präventive Ordnung.***

GR. **Eichberger:** Auf der anderen Seite, und das ist schon verwunderlich und schade, dass der Herr Bürgermeister nicht da ist, der letztendlich auch diese Beantwortung meines damaligen dringlichen Antrages hier unterschrieben hat und ich nehme ja nicht an, dass der Herr Bürgereister hier blindlings etwas unterschreibt, hat in meiner damals dringlichen Anfragebeantwortung unter anderem geschrieben, die sich daraus ergebenden Fragen eben der Installierung dieses Ordnungsamtes, die erforderliche Sach- und Personalausstattung sowie die politische Verantwortlichkeit wären in einem konkreten Umsetzungsprojekt zu klären und wir erlauben uns jetzt, diesen Vorschlag des Herrn Bürgermeister aufzugreifen und fordern genau das, was der Herr Bürgermeister selber in dieser Frage vorstellt, jetzt ist der Herr Bürgermeister nicht im Haus und seine Fraktion torpediert ihn und sagt, das brauchen wir nicht, das wollen wir nicht und wir machen die Ordnung selber, nur die Ordnung, die der Herr Stadtrat Miedl hier in die Stadt bringen will, ist möglicherweise nicht dieser Ordnungsbegriff, den andere Fraktionen in diesem Hause haben (*Applaus SPÖ*) und aus diesem Grund freue ich mich, dass unheimlich viele Fraktionen dieser Dringlichkeit zugestimmt haben und tut mir leid, Werner Miedl, es wird halt möglicherweise nicht nur einen Oberordnungshüter Werner Miedl, der sich selbst dazu erkoren hat und auserwählt hat, geben, sondern vielleicht und

hoffentlich wirklich ein gut funktionierendes, ein strukturiertes Ordnungsamt in der Stadt Graz (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüsç übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.***

Bgm.-Stv. **Ferk** zum Antrag: Meine Damen und Herren! Das was ich zurückweisen möchte ist ganz klar. Herr Stadtrat, was hast du gesagt, politischer Referent zu feig ist. Ich kann mir schon vorstellen, dass dort, wo du herkommst, kann man wahrscheinlich so diskutieren, aber ich weise das für mich und für die anderen Stadtsenatskollegen in dieser Form zurück. Es ist unglaublich, dass du andere Stadtsenatsreferentinnen und -referenten im Ton von einem Oberordnungshüter an und für sich mit derartigen Aussagen belehren willst (*Applaus SPÖ*). Das Zweite, was ich sagen möchte, wenn du glaubst, dass du die anderen Amtskollegen beobachten und prüfen wirst und dann wirst du irgendwas vorlegen, also da gibt es schon die Zuständigkeit im Statut des Gemeinderates und sicher nicht eines Stadtsenatskollegen. Also vielleicht kannst du irgendeinmal aufwachen und dich insofern in die Reihe der sachlichen Auseinandersetzung wieder zurückführen und es ist gut, wenn die ÖVP heute das Thema Ordnungsamt nicht beschließt. Schauen Sie, meine Damen und Herren, wir haben uns ja, und offensichtlich die Mehrheit dieses Gemeinderates, etwas gedacht. Und auch wenn es die Rechtslage derzeit so nicht vorsieht, glaube ich dennoch, dass im Sinne der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt es höchst notwendig ist, dass wir ein Instrumentarium schaffen, wo nämlich nicht nur ausschließlich im Sinne von Kontrollmechanismen zuständige Beamte tätig sind, sondern wo auch im Sinne, wenn Sie wollen, präventiver Maßnahmen, ob es präventive Maßnahmen in unserer Stadt notwendig machen oder ob es präventive Maßnahmen in Parkanlagen notwendig machen, für die Sicherheit, für die persönliche Sicherheit der Menschen durchaus ein



konstruktiver Weg sein kann und gerade auf Grund der Rechtslage in Deutschland und in vielen Städten in Deutschland gibt es Ordnungsämter, ist eben diese Bürgerzufriedenheit und diese Lebensqualität und diese Zufriedenheit absolut gestiegen und daher treten wir weiterhin für die Schaffung eines Ordnungsamtes ein. Und warum treten wir ein, weil wir auch ganz genau wissen, meine Damen und Herren, dass auf Grund der Reduzierung der Beamten im Polizeibereich, 300 seit dem Jahre 2000 weniger in der Stadt und möglicherweise immer noch weniger, dass natürlich hier, wenn Sie so wollen, die umfassende Sicherheit durch die eigentlich zuständige Behörde Bundespolizei nicht mehr ganz gewährleistet ist. Das ist der eine Teil, aber es gibt daneben natürlich auch Aufgaben in der Stadt, wo nicht immer die Polizei notwendig ist, sondern dann gerade auch Beamte der Stadt und es ist ja interessant uns mitzuteilen, dass die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Magistratsverwaltung durch diese Initiative funktioniert, also es bedarf nicht einer Initiative vom Kollegen Miedl, dass die funktioniert, die funktioniert ja ohnedies insgesamt. Und das Zweite, was ich noch sagen möchte, meine Damen und Herren, also es ist nicht Genüge getan, einen Bediensteten mit einer entsprechenden öffentlichen Auszeichnung als Ordnungshüter dieser Stadt zu sehen und noch einmal, wir alle, die wir unsere Aufgaben zu erfüllen haben, nehmen sie mindestens so ernst wie der Kollege Miedl, wenn nicht noch ernster (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 15.40 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Rajakovics:** Lieber Klaus Eichberger, der Antrag an sich, der ja schon einmal gekommen ist, wie du gehört hast, ist auch behandelt worden und hat etwas ergeben, was du in deiner Beantwortung bekommen hast, was auch noch im Gemeinderat berichtet werden wird, dass die Situation, die rechtliche relativ klar ist. Was wir hier unseren städtischen Beamten in Auftrag geben können, was sie kontrollieren können und wir wissen alle, und alle die sich ein bisschen auseinandersetzen mit jenen, die den Parkraum überwachen, die Privaten und erst recht die Beamten, die die Parks überwachen von Schloßberg bis zum Volksgarten,

dass wenn der Beamte jemanden aufhält und es geht ja nur laut euren Vorstellungen ja auch eher um die kleineren Delikte, wie eben Hundegackeln nicht wegräumen, Fahrradfahren, wo es nicht erlaubt ist, solche Ordnungsdelikte, dass wenn der Betroffene nicht bereit ist, seinen Namen herzugeben, wenn er nicht bereit ist, kooperativ zu sein, dass der ganz einfach weitergehen kann und sagen kann, lieber Beamte, schöne Grüße, von mir kriegst gar nichts. Selbst wenn es ihm gelingt, die Polizei rechtzeitig zu rufen und der Polizist nicht selbst Zeuge des Vorfalls geworden ist, kann die Polizei nicht einschreiten. Jetzt frage ich mich allen Ernstes, was eigentlich dann die Aufgabe dieses Ordnungsamtes sein soll, wo wir doch wissen, dass die Beamten, die wir dann einsetzen werden, wobei ich, der Wolfgang Riedler wird sich das sicher mit dem Kollegen Ferik abgesprochen haben, wo das Geld dann auch da ist, aber es wird schon irgendwo sein, Faktum ist, dann wir dann halt ein paar Beamte mehr einsetzen, von denen wir heute wissen und da gibt es eben eine klare Auskunft dazu, dass sie die Kompetenzen, die notwendig wären, um einschreiten zu können, nicht haben werden. Worauf kann ich also setzen, ich kann darauf setzen, dass die Menschen an sich mehr Zivilcourage zeigen und von sich aus Menschen ansprechen in ihrer Umgebung, die sich Fehlverhalten, das ist eine Sache, an die man nicht oft genug appellieren kann, weil es ein Faktum ist, dass die meisten, auf gut deutsch, sich keine Goschn anhängen lassen wollen, lieber dann nicht im Park sagen, bitte den Hund von der Kinderwiese hinunter oder tun sie ein bisschen Rücksicht nehmen mit Ihrem Fahrrad, da gehen auch alte Leute, das wäre notwendig in unserer Stadt, dass mehr Menschen sich das auch zu sagen trauen (*Applaus ÖVP*), weil ich glaube, dass es tatsächlich einen Missstand gibt und dass das öffentliche Gut, egal von wem, irgendwie verwendet wird, aber in vielen Fällen oft nicht so, wie es eigentlich ordentlich wäre. Gerade die SPÖ ist allerdings, wenn es dann um solche Richtlinien geht und wie führt man sich auf und ist das jetzt das Recht jedes Einzelnen vor dem Pöck sitzend, die Bank entsprechend zu gestalten und darunter einen großen Berg von Dosen und Zigarettenstummeln etc. zu haben, ist immer auf der Seite derer, die dort sitzen und wenn die Polizei einschreitet, dann ist die Polizei, die die armen sozial Ausgegrenzten jetzt auch noch von dem Platz vertreibt. Also mir ist nicht ganz klar, was eigentlich die Ordnungsbeamten sollen, weil wenn es drum geht, dass man die Ordnung anspricht, dann seid ihr immer auf der Seite jener, die sagen, die sind ja arme Ausgegrenzte und sollen nicht exekutiert werden. Weil die Möglichkeit und das zeigen uns, das sage ich jetzt gleich einmal für

den Hauptplatz, das zeigen uns nämlich gerade die Portiere unseres Rathauses, die Möglichkeit, dass man mit der Polizei als Beamter der Stadt Graz in Kontakt ist, dass man auch die kleinen Kontakte von Schmiedgasse zu Rathaus etc. pflegt und daher auch die Kooperation herbeiführen kann und wenn es darauf ankommt, die Polizei auch hat, die gibt es. Und nicht mehr und nicht weniger ist es, was der Kollege Miedl angesprochen hat, wenn man das auch entsprechend einfordert und wenn man seinen eigenen Mitarbeitern sagt, diese Kontakt gehören auch hergestellt, Beamte, egal in welcher Organisation, ob auf Bundes-, auf Landes- oder auf städtischer Ebene haben durchaus die Möglichkeit, miteinander auch zu reden und man braucht jetzt nicht als Amt als Dolmetscher, damit ein paar Leute miteinander reden, wenn die Gesetzeslage relativ klar ist. Es geht darum, dass diese Möglichkeiten gegeben sind und nicht mehr und nicht weniger hat der Kollege Miedl auch gesagt und eingefordert von allen Kolleginnen, wenn das eh alle Kolleginnen im Stadtsenat machen. Bitte die Kontrolle ist natürlich politisch zu verstehen, es wird auch keiner kontrolliert, wie er in der Schule ist, sondern es geht darum, dass man feststellt, ob eben die Kollegin Kaltenbeck dann sagt, nein, es ist nicht Aufgabe von Jugendarbeitern mit der Polizei in engerem Kontakt zu sein, weil das Jugendschutzgesetz ist Aufgabe der Polizei, aus. Wie gesagt, die Rahmenbedingungen vom Jugendschutzgesetz bis zur Straßenmusik, die Rahmenbedingungen sind da, dort wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Magistrates die Kooperation suchen, auf ganz normaler Ebene suchen, gibt es auch den Einsatz der Polizei und gibt es auch das Abstellen von Missständen und daher frage ich mich, wo jetzt die neue Kompetenz des Ordnungsamtes liegen soll, der Knackpunkt nämlich, kann der Beamte des Ordnungsamtes tatsächlich die Identität feststellen und daher auch eine Strafe aussprechen, wenn die ganz klar verneint ist. Es tut mir leid, ich weiß nicht, wir können noch einen Dringlichen machen, das ist leider so, Klaus, sonst müssen wir den Antrag an die Bundesregierung machen, dass man das ändert (*Applaus ÖVP*).

**StR. Miedl:** Meine Damen und Herren! Ich versuchte zu erklären, es gibt einen ganz klaren Stufenbau der Rechtsordnung, es gibt die Bundesverfassung, auf Grund der Bundesverfassung daraus resultierende Bundesgesetze und Landesgesetze. Und zu

den Gesetzen gibt es Verordnungen und dann gibt es den § 24 der Strafprozessordnung, nämlich die ortspolizeiliche Angelegenheit. Und da gibt es eine ganz klare Kompetenzlage, ob wir jetzt ein Ordnungsamt schaffen oder kein Ordnungsamt schaffen, die Kompetenzlage ist die gleiche, es verändert sich überhaupt nichts. Die Frage ist nur, mit welchen Organen setze ich das geltende Recht um, Thomas, genau du hast es erkannt, genau das ist der Punkt. Jetzt sage ich, es gibt bereits jetzt Zuordnungen, die der Gemeinderat getroffen hat und jeder von den neun Stadtsenatskollegen hat bestimmte Aufgaben übernommen und er hat zur Erledigung seiner Aufgaben Ämter beigestellt und Beamte, in den Ämtern gibt es Beamte und die müssen das geltende Recht umsetzen und das tut mir herzlich leid, wenn Sie das nicht umsetzen, ist das kein Problem des fehlenden Ordnungsamtes, sondern ist sind Ihre Kompetenz, die nicht wahrgenommen wird. Deine, Walter Ferk, und nicht die eines fehlenden Ordnungsamtes und das wollte ich damit zum Ausdruck bringen, weil mit dem Ordnungsamt wird sich selber nichts ändern (*Applaus ÖVP*). Es sei denn, weil der Kollege Riedler so intensiv applaudiert hat, er hat doch irgendwo in seinem Budget Geld versteckt und will das Ordnungsamt mit viel Geld einrichten, dann sage ich dir und auch der Kollegin Tatjana Kaltenbeck, hätte ich andere Prioritäten, weil ich kann meine Aufgaben, die ich übernommen habe, durchaus vornehmen (*Applaus ÖVP*) und jetzt ein paar Dinge, Kollege Eichberger, der Meister der politischen Demagogie. Ich werde es mir gut überlegen, da auch jetzt eine Zusammenarbeit in der Form, wie ich sie immer angeboten habe, so auch noch wahrzunehmen, nämlich ich habe deinen Auftrag im Gemeinderat wirklich ernst genommen, ich habe innerhalb von einer Woche in der Mondscheingasse täglich Nachschau gehalten, ich habe die Polizei darum gebeten und bin an die Grenze der gewerblichen Möglichkeiten gegangen und habe dir dann mitgeteilt in dem Brief, den du so lächerlich darstellst, das sollte nur der Gemeinderat jetzt wissen, dass ich allen Polizeiinspektionen einen Brief geschrieben habe, worin ich sie ersuche, mir von allen Vorfällen Mitteilung zu machen, damit ich als Behörde zeitgemäß reagieren kann. Ich sage dir, Herr Kollege, hätten das zeitgerecht schon andere wahrgenommen, hätten wir das Problem Mondscheingasse schon längst erledigt, das nur zur Klarheit (*Applaus ÖVP*).

***Zwischenruf GR. Eichberger: Das Problem ist noch nicht erledigt.***

StR. **Miedl:** So, es ist nicht erledigt, ich habe nie behauptet, dass es erledigt ist, habe ich dir gesagt (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass ich ganz einfach eine ganz andere Vorgangsweise an den Tag lege. Meine Damen und Herren und Herr Kollege Vizebürgermeister Ferk, was ist anders, nur damit wir das auch wissen, ich habe begonnen bundesbehördliche, also polizeiliche Kompetenzen mit Magistratskompetenzen zu verknüpfen und ich war am letzten Wochenende und in der Früh selbst mit unterwegs in Diskotheken, wo ein Feuerpolizist mit dabei war, es war ein Gewerbepolizist mit dabei und es waren die Polizisten, die Jugendschutzaufgaben übernommen haben mit dabei und ich sage Ihnen wieso Feuerschutz. Alle Jahre hört man irgendwo von Diskotheken, dass Jugendliche verbrennen. Und ich möchte nicht zu jenen Politikern gehören, die sich dann indirekt den Vorwurf machen lassen müssen, wir haben da nicht aufgepasst und wir haben diese Geschichten ganz genau kontrolliert und, Tatjana Kaltenbeck, wir haben in einer sehr verantwortungsvollen Art und Weise auch erstmals in dieser Stadt Jugendschutzaufgaben übernommen, die du nie wahrgenommen hast. Das muss man ganz deutlich dazu sagen (*Applaus ÖVP*). Und jetzt geht es darum, meine Damen und Herren, dass die SPÖ in einer Form der Verschleierung, der mangelnden Kompetenzsituation von ihren Aufgaben ablenken will und sagt, eigentlich hätten wir das immer gern getan, es hat uns aber das Ordnungsamt gefehlt. Und mit meinem Vorgehen, meine Damen und Herren und Herr Kollege Eichberger, will ich nur beweisen, dass wir kein Ordnungsamt brauchen, sondern unsere Aufgaben schlicht und einfach ernst zu nehmen haben und dazu lade ich alle ein (*Applaus ÖVP*). Und Herr Kollege Ferk, wir können und werden uns alle wechselseitig immer wieder kontrollieren, so ist es in der Demokratie üblich und ich finde überhaupt nichts dabei. Der Gemeinderat ist auch mein Kontrollorgan und ich habe die Beschlüsse, die der Gemeinderat fasst umzusetzen. Und wenn ich dann sage, in einer Art der politischen Kontrolle möchte ich wissen, was die anderen tun, weil ich mache mir die Arbeit nicht leicht und Ferk, du machst es dir leicht, wenn du sagst, ich brauche eigentlich nur ein Ordnungsamt, weil ich mit meinen Aufgaben sozusagen nicht zurecht komme und der Herr Riedler soll das zahlen (*Applaus ÖVP*), dann ist das politisch nicht die

Antwort, die ich mir erwarte. Und ich bin eigentlich froh und dankbar, dass diese Diskussion heute so verlaufen konnte, das was ich mir nur gewünscht hätte, ist, dass wir ein bisschen mehr über die Sache Bescheid wissen, weil Kollege Eichberger, eines muss ich dir sagen und Kollege Ferk auch und dann höre ich schon auf...

**Zwischenruf GR. Herper:** *Das war dein Anti-Stress-Programm.*

StR. **Miedl:** Ja schön war es, mein Gott, also ich liebe das Parlament und die Auseinandersetzung mit den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*),..

Bgm.-Stv. **Ferk:** Herr Stadtrat du bist am Wort, dann nimm es.

StR. **Miedl:** Danke vielmals Herr Vizebürgermeister, ich bin eigentlich fertig, ich habe alles gesagt, Herr Kollege Ferk, nimm deine Aufgabe wahr (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler:** Also, lange geredet, wenig gesagt, der Werner Miedl führt sich da ein bisschen auf wie ein Politrambo, das ist ein eigener Stil, der da Einzug gehalten hat, ist sein Stil, den will ich ihm gar nicht streitig machen. Ich bin auch nicht der, der unbedingt das letzte Wort gerne hat, sondern ich bevorzuge das erste Wort und ich nehme an, er wird noch irgendwie antworten, es wird ihm schon noch etwas Gescheites einfallen. Also ob du das alles so wahnsinnig gut machst, wie du das, der Kramer lobt die eigene Ware, das werden wir ja noch sehen, da lässt sich schon jetzt

mancher Zweifel anbringen, du hast jedenfalls vieles nicht erfunden, von dem du jetzt so tust, als ob das deine originäre Erfindung wäre und deine Vorgänger, allesamt ÖVP-Politiker, die zum teil heute noch tätig sind, der Detlev ist leider nicht anwesend, sind alle gescheitert und haben versagt. Du siehst das vielleicht so, ich habe das gar nicht so negativ wahrgenommen die Arbeit, die zum Beispiel der Detlev oder auch der Christian Buchmann vor dir geleistet hat, aber gut, du liebst es offenbar, vielleicht habt ihr einen internen Disput oder was, müsst ihr das jetzt da austragen, liebst es also, da deine Novitäten anzupreisen. Ich sage dir nur, um ein Beispiel zu nennen, natürlich hat es das schon vorher gegeben, die von mir einberufenen Schlossberggipfel, an denen dankenswerterweise auch Abteilungen anderer Stadtsenatsmitglieder teilgenommen haben, haben eben zur Kooperation von Polizei, da brauchen wir nicht unbedingt einen Ex-Polizisten dazu, von der Bergwacht, von unseren Parkwächtern geführt, von den Wirtschaftsbetrieben und hat hervorragende Ergebnisse gebracht, aber was gefehlt hat, ist tatsächlich eine Bürgerservicestelle, das ist vielleicht nicht direkt deiner, aber ich habe eine Bürgerservicestelle, die als...

***Zwischenruf StR. Miedl: Haben wir denn so viel Geld?***

Dr. **Riedler**: Nein, das erkläre ich dir eh noch gerne mit dem Geld. Aber einmal abgesehen davon, eine Bürgerservicestelle, die eine Koordination, wie du richtig sagst, die Kompetenzen verschieben sich ja nicht, vorhandener Kompetenzen und zum Teil die erstmalige Inanspruchnahme von Agenden, die wir haben, möglich macht. Wir wissen alle, dass die ortspolizeilichen Verordnungen leider relativ zahnlose Papiertiger sind, deshalb weil sich die Polizei zum Teil auch rechtlich begründet dagegen gewehrt hat, sie zu vollziehen, deswegen, weil die Polizei bis zum heutigen Tag die Personalkapazitäten nicht hat, um das, was möglich ist...

*Zwischenruf StR. Miedl: So ein Stumpfsinn.*

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Stadtrat, wenn du dich jetzt einmal zurücknimmst auf der Regierungsbank, unglaublich, du bist ja nicht im Parlament oder bei der Polizei.

Dr. **Riedler**: Im Parlament hätte er schon längst einen Ordnungsruf gekriegt für die Formulierung Stumpfsinn...

*Zwischenruf StR. Miedl: Ihr kennt euch nicht aus.*

Dr. **Riedler**: Jetzt höre endlich auf Rumpelstilzchen zu spielen, dazu haben wir ja ein Landessicherheitsgesetz, schau dir die rechtlichen Dinge ein bisschen an, du dillestierst da im rechtlichen Rahmen, macht ja nichts, aber rege dich nicht so auf, wir machen uns schön langsam Sorgen um deine Gesundheit, weil so wie du auf- und niederhupfst, wird das für den Kreislauf nicht auf Dauer gut sein, lieber Kollege.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir haben den Prof. Hammer, der ist gut. Den borgen wir auch her.*

Dr. **Riedler**: Ihr wisst aber, warum ihr den in euren Reihen dringend braucht wahrscheinlich. Also, es geht darum, wie man die Vorstellungen, die auch rechtlichen Vorstellungen der Stadt Graz vollziehen kann. Ja selbstverständlich geht es darum und dafür gibt es mittlerweile auch Rechtsinstrumente, schau es dir an, erkundige dich beim Kollegen Hamedl, der ist da vielleicht ein bisschen versierter als du. Und



damit hätten wir das fast schon auf den Punkt gebracht, es ist ja die gaudige Zeit vor den Wahlen, da darf sich auch ein Ex-Nationalrat noch ein bisschen aufregen, wir werden das in zwei oder drei Wochen hinter uns haben, das Ordnungsamt wäre eine vernünftige und sinnvolle Einrichtung, über die wir uns nicht weiter aufregen würden, wenn nicht gerade der Wahltermin bevorstehen würde. Daher kürze ich das jetzt ein bisschen ab, Werner, komm runter auf normales Niveau, dann können wir auch verbal auch ein bisschen besser miteinander auskommen und das würde dem ganzen Stil hier im Gemeinderat sicher nicht schaden, sondern nutzen (*Applaus SPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

#### **4) Memorandum Weltkulturerbe**

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Graz ist ja Weltkulturstadt, obwohl das manches Mal nicht so klar erkennbar ist und von vielen nicht so erkannt wird und ich sage, warum ich aus persönlichen Gründen auch diesen dringlichen Antrag heute stelle, betreffend ein Memorandum zum Weltkulturerbe, ich habe in meiner journalistischen Zeit in den 70-er-Jahren gemeinsam mit den Bürgern der Stadt Graz, mit Prof. Max Mayr, nachdem in einer Nacht- und Nebelaktion das berühmte Haus Gebrüder Lechner, das eiserne Haus, weggerissen wurde teilweise und sich der Bürgerzorn entfacht hat, die Aktion in der Kleinen Zeitung mitbetreut, die schließlich gemündet ist in dem Grazer Altstadtgesetz und in allen Festlegungen zum Schutz der Grazer Altstadt. Ich habe auch im vergangenen Jahr auf Grund der Vorfälle, die es ja in den letzten Jahren gegeben hat, ich erinnere nur an den Abriss des Kommod-Hauses, eine Petition eingebracht hier im Gemeinderat, die allgemein die Zustimmung gefunden hat, eine Petition an den Landesgesetzgeber, die darin gemündet hat, dass es jetzt zur Novellierung des

Grazer Altstadtgesetzes kommt. Nach der Stellungnahme der Stadt Graz erst vor drei Wochen im Grazer Stadtsenat, wird sich nun der Landesgesetzgeber im zuständigen Unterausschuss in ruhiger Phase ab dem 2. Oktober mit der Ausformung dieses Grazer Altstadtgesetzes beschäftigen, wo es ja darum geht um die Sicherstellung seitens des Gesetzgebers, dass die Altbauten in der Grazer Altstadt in gutem Zustand erhalten bleiben müssen, weil es ja schon bereits mehrmals vorgekommen ist, dass Eigentümer geschützte Häuser nicht renovierten, um den Verfall zu beschleunigen. Dritter Punkt und ein aktueller Anlassfall und ich habe darüber mit einem der beiden Vorstände von Kastner und Öhler, mit dem Magister Wäg, ein Gespräch geführt, wie alle Fraktionen hat er, und wir sind eingeladen übernächste Woche, das neue und umgeplante, von den spanischen Architekten-Duo Nieto/ Sobejana vorgelegte Projekt Kastner und Öhler, das ja ein 40-Millionen-Euro-Projekt ist, und wo es ja schließlich darum geht, auch 600 Arbeitsplätze in der Innenstadt zu sichern, den politischen Fraktionen vorzulegen und ich habe meine Freude kundgetan, dass es offensichtlich im Sinne einer kooperativen Vorgehensweise und unterstütze ich sehr auch den Bürgermeister Siegfried Nagl, der in einer Äußerung erklärt hat, wie wichtig es ist, zu einem gemeinsamen Kompromiss zu finden, in dieser Frage und ich freue mich jetzt schon auf die Präsentation dieses Neu-Alt-Projektes, aber das doch eine Möglichkeit bietet, um im Sinne von Frido Hütter, den ich auch in meinem dringlichen Antrag zitiere, im Zusammenhang mit dem Weltkulturerbe und der Grazer Altstadt „Nichts schützt alte Qualität besser als die Nachbarschaft von neuer Qualität, sonst hätten wir morgen nur Altstädte von vorgestern“. Mein dringlicher Antrag beschäftigt sich damit, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen, das verbindende möglich zu machen und dies auch in einer Erweiterung und Ausbau des Gedankens des Weltkulturerbes eines entsprechenden Masterplans, wo ich sicher die Unterstützung auch vom Stadtrat Rüschi finde in diesem Punkt, aber auch in der Frage, wie werde ich schon im Vorfeld vor Zuspitzungen und einseitigen Darlegungen und Erklärungen zu einer gemeinsamen Symbiose kommen. Ich habe dafür Eckpunkte, mögliche Eckpunkte, die keine Fixiertheit bedeuten müssen, zusammengefasst für ein Memorandum, ein Grazer Memorandum Weltkulturerbe, das aufsitzt auf dem Wiener Memorandum. Das Wiener Memorandum heißt Welterbe und zeitgenössische Architektur vom Umgang mit der historischen Stadtlandschaft und wurde im vergangenen Jahr in Wien unter der Schirmherrschaft der UNESCO unter der Teilnahme von 5600

ExpertInnen aus 55 Ländern beschlossen. Für mich ist es wichtig und es war für mich sozusagen der zentrale Punkt, lebendige historische Städte, insbesondere Welterbestädte brauchen eine Stadtplanungs- und Managementpolitik, die die Erhaltung zu einem zentrale Thema macht zum einen, zum anderen braucht es auch das gegenseitige Verständnis zwischen den beteiligten AkteurInnen aus Politik, Stadtplanung und Entwicklung, Architektur, Umweltschutz sowie ObjekteigentümerInnen, InvestorInnen und den betroffenen BürgerInnen. Es geht mir also um die Frage der Investorensicherheit und zum Dritten, was für mich ein ganz zentraler Punkt auch in diesem Wiener Memorandum ist, auf das ich mich in meinem Vorschlag beziehe, ist, dass dort gemeint wird, dass alle Formen pseudohistorischer Gestaltung vermieden werden sollten. Zitat: „Das höchste Ziel ist die kulturelle Kontinuität mittels qualitativvoller baulicher Eingriffe.“ Die Vorschläge, die ich mache, sind dazu dienlich, um im Vorfeld Konflikte nicht zu vermeiden, Interessenskonflikte sind auszutragen, aber doch Zuspitzungen und vor allem auch das zu verhindern, was bislang nicht möglich gewesen ist, nämlich einen Interessensausgleich. Es geht darum, Vorschläge zu entwickeln gemeinsam mit allen politischen Fraktionen hier im Gemeinderat, weil ich habe das auch nicht mit dem Schöpflöffel gefressen auf dem Gebiet, da bin ich auch nicht der Experte, sondern ich meine, es geht auch darum, Parallelstrukturen und Parallelitäten von Initiativen und Foren und Plattformen auch zu verhindern.

Meine Eckpunkte, die ich vorschlage, könnten unter anderem sein:

1. Die Grazer Altstadt als UNESCO-Weltkulturerbe bleibt weiterhin eine kommunalpolitische Verpflichtung mit erhöhtem Aufmerksamkeitswert.
2. Die Bewahrung des historischen Bauerbes bei gleichzeitiger Weiterentwicklung des Altstadtkernes – Masterplan – ist ein Auftrag für eine Symbiose von Kulturgeschichte und Zukunftsentwicklung.
3. Graz als Kulturhauptstadt Europas 2003 weiß um das Kapital des UNESCO-Weltkulturerbes Altstadt und strebt dessen Erweiterung um den historisch bedeutsamen Baukomplex Schloss Eggenberg als kulturellen Schwerpunkt des Landesmuseums Joanneum an. Das Verfahren läuft nämlich derzeit gerade für Schloss Eggenberg.

4. Im Interesse einer lebendigen Altstadt mit den vielfältigen Funktionen von Wohnen, Arbeit, Kultur, Wirtschaft, Begegnung mit Kommunikation sowie „sanfter Mobilität“, ist Altstadtpflege ein wesentlicher Teil der Identität der Stadt und ein Identitätsfaktor für die BürgerInnen. Dem Mobilitätsbedürfnis der Zeit wird - auch im Sinne der Stadtökologie - durch den klaren Vorrang für den Fußgänger-, Radfahrer- mit öffentlichen Verkehr entsprochen.

5. Graz bekennt sich grundsätzlich auch zum Weg des „Neues Bauens in alter Umgebung“.

Wir haben da eine große Tradition in den letzten 25 Jahren hier entwickelt, es gibt genügend architektonische Zeichen, die diese Stadt geprägt haben, auch im Kern. Die Entwicklungsepochen der „Grazer Schule der Architektur“ haben über Österreichs Grenzen hinaus ein Stück jüngere Architekturgeschichte geschrieben. Mit Sensibilität und dem Augenmaß für Maßstäblichkeit gilt es diesen Weg fortzusetzen und der Gegenwartsarchitektur Entfaltungschancen zu geben. Also ein eindeutiges Pro auch für die Gegenwartsarchitektur und deren künstlerischen Ausdrücken.

6. Der Förderung öffentlicher und privater Gebäudesanierungen, ich betone öffentliche und privater Gebäudesanierungen (Altstadterhaltungsgesetz / Novellierung), wie ich schon betont habe, sowie den Maßnahmen qualitativer Stadtgestaltung (Plätze, Fußgängerzonen) wird weiterhin ein adäquater Stellenwert in der Stadtpolitik eingeräumt. Dies auch im Interesse des Wirtschaftsraumes Innere Stadt sowie des Städte- und Kongresstourismus. Wie wir alle wissen, bewerben wir seit Jahr und Tag über Graz-Tourismus auch das Weltkulturerbe im In- und Ausland.

7. Graz wird sich als Sitz des „Internationalen Städteforums“, da sind wir beide, du bist Vorsitzender, Gerhard Rüschi, ich bin auch selbst Mitglied dieses Städteforums, auch in Zukunft als Platz des Meinungs- und Erfahrungsaustausches insbesondere für die Städte im mittel-, ost- und südosteuropäischen Raum (EUREGIO) anbieten und einbringen. Auf der Grundlage schon bestehender Netzwerke, wie zum Beispiel Partnerschaften, cultural-city-network, könnte sich - auch mit Unterstützung der UNESCO und

europäischer Institutionen - ein Kompetenzzentrum für Entwicklungsstrategien europäischer Altstadtkerne heranbilden. Die Institutionalisierung des Grazer Altstadtkongresses als kritisches, internationales Dialogforum soll zu einem öffentlichen Zeichen der Stadt Graz werden, dem Nach- und Vorausdenken über Trends und Entwicklungschancen für historische Stadtkerne sollte ein kontinuierliches Interesse entgegengebracht werden.

8. Neben der Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt und der ASVK wird der künftigen Funktion der Altstadt-Anwaltschaft eine besondere Bedeutung zugemessen. Eine verstärkte Interessensabstimmung soll durch ein neu zu schaffendes FORUM ALTSTADT, darüber kann man natürlich geteilter Meinung sein, finde ich, aber es ist nur ein Vorschlag von mir, gesucht und gefunden werden; und zwar mit VertreterInnen der Kultur, der Architektenkammer, der Wirtschaft und des Tourismus, der Innenstadtbewohnerschaft, der Bezirksvorstehung und der Verantwortlichen der Stadt Graz. Grundsätzliche Fragen, projektbezogene Probleme sowie neue Ideen und Initiativen sollen die Aufgabenstellung umreißen, es geht schließlich um die Gesamtqualität unsere Stadt auch in Zukunft.

Wenn ich nur noch daran erinnern darf, im gesamten EU-Raum, und das ist die Bedeutsamkeit vom Weltkulturerbe, Altstadterhaltung und Denkmalspflege sind etwa über 300.000 Arbeitsplätze in der EU, gründen sich allein auf diesen Faktoren, ich sage neben Tourismus- und Wirtschaftsqualität gründen sich direkt Arbeitsqualität im Ausmaß von 300.000 Arbeitsplätzen direkt mit Denkmalpflege und 200.000 hängen indirekt damit in der EU damit zusammen. Also es hat auch einen bedeutsamen Arbeitsplatzfaktor.

Deswegen mein kurzer bündiger

### **dringlicher Antrag:**

Unter Koordination der Magistratsdirektion und unter Einbindung aller politischen Fraktionen in diesem Haus ist ein auf dem vorliegenden Motivenbericht, dessen

Vorschläge ich gebracht habe, aufbauendes Memorandum bis Dezember dieses Jahres auszuarbeiten und dem Gemeinderat Graz zur Beschlussfassung vorzulegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics** zur Geschäftsordnung: Bei der Oberflächlichkeit des Antrages ist dir vielleicht entgangen, ich würde bitten, den Antrag in der Form nicht zuzulassen, da der dringliche Antrag sich an die Magistratsdirektion richtet und die eindeutig nicht der Adressat sein kann. Laut Geschäftseinteilung der Stadt Graz ist die Magistratsabteilung 10, Stadtbaudirektion, Aufsicht- und Koordinierung und Optimierung der Tätigkeiten der der Stadtbaudirektion zugeordneten Abteilungen, Stadtentwicklung, Koordination und Bearbeitung entwicklungspolitisch relevante Projekte und da lese ich unter 0010 - 1208 Angelegenheiten des UNESCO-Weltkulturerbes. Daher würde ich ersuchen, den Antrag nicht zuzulassen, weil er sich an die falsche Abteilung richtet.

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: Ich hätte es als Koordinierungskompetenz angesehen.

GRin. Mag. **Uray-Frick** zur Dringlichkeit: Lieber Karl-Heinz! Wir kennen uns gut genug und sind einander gut genug, dass ich mich jetzt das sagen traue. Wenn du kurz und bündig sagst, ist das immer eine gefährliche Drohung und noch etwas. Du weißt, wie ich es meine, manchmal denke ich mir, oh wäre er doch Journalist geblieben, es fasziniert mich immer wieder, wie man in zwei Seiten nichts sagen kann. Es sind derartige Allgemeinsätze, wir bekennen uns, wir bekennen uns zu allem, wir haben so viele solcher Bekenntnisse in diesem Haus schon beschlossen und wissen alle, dass manche davon oder sehr viele davon das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben sind. Also ich möchte mich daher zu so etwas nicht wirklich mehr bekennen. Dass natürlich jetzt die Kastner- und Öhler-Geschichte der

Anlassfall ist, ist klar, wir sollten viel eher auch daran denken, einmal die UNESCO oder der UNESCO-Kommission zu empfehlen, dass UNESCO-Weltkulturerbe zu sein, ja nicht bedeuten kann, ein Museum darzustellen. Denn wenn ich heute vom Schloßberg auf...

*Zwischenruf GR. Herper: Das habe ich nicht gesagt.*

Mag. **Uray-Frick**: Nein, das sage ich nur, nicht dass du das gesagt hast, aber das wäre eine Empfehlung, die wir uns vielleicht überlegen sollten an die UNESCO-Kommission und wenn man heute vom Schloßberg hinunterschaut auf diese Dachflächen, die da in Betracht gezogen werden, dann ist das wesentlich schrecklicher und grauslicher, wie das jetzt aussieht. Also ich denke mir, und wir sind auch nicht dafür, das muss ich jetzt auch sagen, es ist da im Punkt 8 drinnen, dieser Altstadtanwalt Forum Altstadt. Wir sollten bedenken, Kastner und Öhler zum Beispiel ist ein Leitbetrieb und wenn es immer schwieriger wird, in der Stadt, wir haben sowieso die Anrainergeschichten, sind in einer Stadt viel schwieriger, die Altstadterhaltung ist ein wesentlicher Punkt, aber wir müssen auch darauf achten, dass Entwicklungen möglich sind, sonst gratulieren wir Seiersberg, weil die werden das nützen, wir werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt unsere Zustimmung geben.

GRin. Mag. **Fluch**. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl-Heinz, liebe Maxie Uray-Frick! Ich kann jetzt erzählen, wie ich einleiten wollte, ich wollte nämlich sagen, es ist so eine Eigenheit hier im Haus, dass sich manchmal viele was denken und es dann doch nicht sagen, ich gratuliere Maxie Uray, du hast es gesagt, was ich auch sagen wollte, dass nämlich der Karl-Heinz Herper so eine besondere Gabe hat, man hat einen dringlichen Antrag vor sich, sieht einen Satz daraus, sieht ein paar Formulierungen, die, man verzeihe mir, ein bisschen geschwollen klingen und man

weiß schon, es muss aus seiner Feder stammen. Karl-Heinz Herper hat heute gesagt, er ist nicht der erste Experte auch in Fragen Altstadterhaltung, Stadtplanung, ich bin auch nicht die erste Expertin, aber ich kann erkennen, wenn in einem Antrag immer wieder drinnen steht wiederum, weiterhin wenn alle möglichen Gremien zitiert werden, die es gibt. Wir würden uns wünschen, wenn es nicht in Anlehnung an das Wiener Memorandum ein Grazer Memorandum gibt, sondern dass man einfach den Grazer Weg geht und ich erlaube mir zu sagen, in diesem Antrag steht so vieles drinnen, wenn man da mit der Stecknadel drauf hindeutet, dann macht es Puff und es stellt sich heraus, es war heiße Luft (*Applaus ÖVP*) und das ist etwas, was für uns keine Dringlichkeit in einem Antrag rechtfertigt. Ich möchte ganz klar dazusagen, wir wollen ganz eindeutig nicht in ein Eck gedrängt werden, denn dass Fragen der Stadtentwicklung und Fragen der Altstadterhaltung was ganz, ganz Wichtiges sind, ist für uns ganz klar, es würde mich freuen, wenn in diesem Gemeinderat diesem Antrag, der leider nichts Substanzielles bringt und leider nichts Neues bringt, auch wenn zwischendurch so schöne auch literarische Formulierungen verwendet werden, nämlich ein bisschen was von dem, ein bisschen was von dem und dann heißt es hüben und drüben, also das hat literarische Anklänge und ist eine Formulierung, die typisch Karl-Heinz Herper ist. Wie gesagt, es würde mich freuen, wenn wir hier in diesem Gemeinderat sozusagen als erzieherische Maßnahme sagen, wir fühlen uns diesem Thema verpflichtet und versuchen das Beste zu machen, vor allem dann, wenn es um konkrete Fragen geht. Kastner ist angesprochen worden und da wird man sich konkret damit beschäftigen müssen, da werden irgendwelche schönen Formulierungen nichts helfen und da wird man in aller Ernsthaftigkeit zu klaren Entscheidungen kommen müssen und sehr ehrlich sich mit Fragen beschäftigen müssen. Vielleicht gibt es heute sozusagen diese Übereinkunft, im Gemeinderat zu sagen, man stimmt der Dringlichkeit nicht zu, sondern bemüht sich dann im Konkreten ernsthaft, denn das wäre das, was wir uns wünschen. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen. Wir werden uns anschauen, wie auch die anderen Fraktionen agieren, wir wollen uns sicher nicht in ein Eck stellen lassen, das dann so ausschaut, als ob wir diese Fragen nicht ernst nehmen. Das heißt, wenn es inhaltlich eine Debatte gibt und sich inhaltlich abzeichnet, dass doch dieser Antrag beschlossen wird, wollen wir dann auch uns die Punkte noch einmal anschauen, sage auch jetzt schon dazu, der bereits angesprochene Punkt 8 im Memorandum, da haben wir eindeutig eine andere Haltung. Die Grazer ÖVP hat sehr klar gesagt, dass



wir glauben, dass der Altstadtanwalt vielleicht nicht die richtige Lösung ist und wir glauben auch, wenn der Landeskulturreferent sich dieser Meinung nicht anschließt und es wirklich zu der Altstadtanwaltssache käme, das gerade in der Frage, die ja eigentlich hinter diesem Antrag steht, nicht unbedingt geholfen wäre, das heißt, sollte es zu einer Abstimmung kommen über den Inhalt, weil die Dringlichkeit zuerkannt wird, sage ich gleich, dass wir um eine getrennte Abstimmung bitten würden, aber eigentlich denken wir, die Dringlichkeit ist deswegen nicht notwendig, weil in diesem Antrag lauter Dinge drinnen stehen, die wir ohnehin kennen und bitte auch beherzigen wollen und zwar alle gemeinsam. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Zu dem dringlichen Antrag von Karl-Heinz Herper. Ich habe gestern im Ausschuss erlebt, wie zum Beispiel das Gemeinderatsstück zum Grazer Modell, zu dem ich schon noch einiges anzumerken gehabt hätte, aber immerhin zurückgestellt wurde, weil man sich noch Zeit lassen sollte nachzudenken und das zu konkretisieren und vielleicht Unklarheiten auszuräumen, keine Parallelstrukturen irgendwie aufzubauen, also da ist das Stück zurückgestellt worden. Nach genauer Überprüfung des dringlichen Antrages möchten wir von den Grünen Folgendes sagen: Die Dringlichkeit ist gegeben, das ist keine Frage, aber wir werden dem Inhalt nicht zustimmen, denn gleichzeitig gibt es ja auch die Diskussion zum Altstadterhaltungsgesetz, da sollen wir Nägel mit Köpfen machen, wir brauchen nicht noch jetzt etwas Drittes und dann noch eine vierte Ebene aufmachen, das finden wir nicht sinnvoll. Daher, vom Inhalt her dringlich ist es, aber wir werden trotzdem nicht im Inhalt zustimmen.

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es ist fast schon Aktionismus, was wir hier erleben. Es gibt ein Problem und siehe da, beide großen Parteien werden sofort aktiv, aber immer im Rückwärtsgang, also wenn das Problem schon fast nicht mehr lösbar ist. Ich möchte bei beiden Stücken, beim Grazer Modell und beim Memorandum Weltkulturerbe, von einer Lex Kastner sprechen. Also ich hätte mir gewünscht, dass all diese Fragen, die das Projekt

Kastner jetzt in den letzten Monaten aufgeworfen hat, schon längst hier im Gemeinderat gelöst worden wären, dann hätten wir uns bei der Entscheidung Kastner vielleicht etwas leichter getan. Ich weiß jetzt auch, warum das Grazer Modell zurückgestellt wurde,...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Schmalhardt:** Ja jetzt weiß ich's, weil eben dieser dringliche Antrag von Karl-Heinz Herper am Tisch liegt.

*Zwischenruf GRin. Krampl: Dann weißt du mehr als wir.*

GR. **Schmalhardt:** Dessen ungeachtet sind wir auch der Meinung, dass man zu viel nie machen kann und deshalb werden wir der Dringlichkeit und dem Antrag von Karl-Heinz Herper zustimmen.

GR. **Herper:** Also liebe Maxie, ich kenne dich ja schon seit vielen, vielen Jahren, ich bin in guter Laune, weil immer, wenn irgendwas Inhaltliches kommt, das man wegwischen will oder dasselbe gilt ja auch von meinem Arbeitspartner von der ÖVP, dann sagt man, er hat literarische Qualität, aber inhaltlich ist es viel zu lang und brauchen wir nicht. Eigentlich wissen wir, dass wir bestimmte Methoden und Steuerungsinstrumente brauchen, allein das Beispiel Kommod-Haus führt das vor und ähnliche Beispiele auch. Es gilt darum einen Interessenausgleich zu finden, ich will keine Parallelstrukturen aufbauen, ich habe Vorschläge entwickelt. Ich meine, ich

habe mir die Mühe getan, mit einigen Leuten, die sich fachkundig damit beschäftigen, Männern wie Frauen, ein paar Vorschläge zu entwickeln, auf Grund der Vorfälle der letzten Jahre, auf Grund auch der Notwendigkeit, dass ich gerade am Bauprojekt Erneuerung, Erweiterung Dachlandschaft K und Ö, die natürlich die Gemüter erhitzt haben und sich die Dinge zuspitzen und die Dinge möchte ich gerne im Vorfeld bereinigt wissen, im Interessensausgleich. Es geht um das Interesse der Interessenten, derjenigen die wirtschaftlich investieren und jenen, die den Gesetzen zu Folge haben, den Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Kräften in dieser Stadt. Und es geht mir nicht darum, irgendwas neu zu erfinden, ein Rad, sondern es geht mir, den Gedanken weiterzutragen und im Vorfeld schon den Interessensausgleich zu finden. Diese Vorschläge sind nicht dasselbe wie das Wiener Memorandum, das Wiener Memorandum kritisiert sehr stark und macht Vorschläge gegenüber dem Gremium des Weltkulturerbes, macht Vorschläge gegenüber der UNESCO, sehr kritische aus der Sicht der Erfahrungen europäischer Städte. Erfahrungen österreichischer Städte, es haben ja andere österreichische Städte auch Erfahrung, neues Bauen in alter Umgebung, und Wien zeigt das ja auch in hervorragender Weise oder Linz und man muss das wirklich einmal probieren und ich habe gesagt, es ist ein Versuch, ein Memorandum zu machen, um diesen Interessensausgleich über die Bühne zu bringen. Und es geht nicht hier darum, irgendwas zu erfinden, sondern es geht einfach um den Gedanken, der uns jahrelang geprägt hat, der aber keine Steuerungsmechanismen beinhaltet. Endlich auch wiederum ein Steuer in die Hand zu geben, um im Vorfeld die Interessensausgleich und Investorensicherheit zu schaffen, um nichts anderes geht es. Wenn ihr dagegen seid, das Weltkulturerbe auch qualitativ weiterzubringen, wenn ihr auch dagegen seid, den Investoren Sicherheit zu garantieren, dann ist das euer Belang. Ich versuche, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Bemerkungen möchte ich gerne machen. Zunächst einmal, es soll nicht böse klingen. Aus meiner Sicht ist es relativ unbedeutend, ob dieser Antrag angenommen wird oder nicht. Und zwar einfach aus folgendem Grund, denn was hier in diesem Antrag steht, ist sooft durch Beschlüsse des Gemeinderates bestätigt worden, dass es irgendwie die zehnte, zwölfte Wiederauflage ist. Es ist bestätigt worden, als sich die Stadt Graz in der Diskussion um das Altstadterhaltungsgesetz in den 70er-jahren bemüht hat, es ist bestätigt worden, als die Stadt Graz sich beworben hat um das Weltkulturerbe, es gibt so viele Anlässe, in denen das tatsächlich so festgehalten ist, soweit es sehr konkret ist, wird es gemacht, wir werden übrigens heute, ich hoffe, dass das nicht entgangen ist, ein EU-Projekt beschließen CADSES, in dem die Erhaltung der Altstadt, der Innenstadt auf der Tagesordnung steht, das heißt, wir beschließen ein neues EU-Programm, das nicht nur memorandenartig ist, sondern dass man tatsächlich auch in der Praxis zu einem Ergebnis kommen soll. Also aus diesem Grund denke ich, wir können das gerne beschließen und die Kollegen Eva Fluch hat das gesagt, wir stellen uns selbstverständlich nicht ins Eck und werden das mitbeschließen, was es dann ändert, weiß ich nicht. Eine zweite Bemerkung, die finde ich wirklich großartig, lieber Karl-Heinz, du sagst, wenn man da nicht dafür ist, dann ist man gegen Investorensicherheit. Ich erinnere an die Diskussion von gestern, wir haben gestern im Ausschuss einen Projektisch vorgestellt im Grazer Modell der Baukultur und dieser Projektisch hat ausschließlich durch Vorberatung der Beamten, in dem alle an einem Tisch sitzen, Experten und Behörden, und die ihre Beratung anbieten, die Aufgabe, das möglichst rasch den Investoren sagen zu können, geht das überhaupt, wie ihr das wollt, kann man so bauen, kann man so nicht.

***Zwischenruf GRin. Krampl: Das können sie jetzt auch machen.***

Dr. **Rüsch**: Nein, das ist gestern von euch zurückgezogen worden und hier müssen wir uns anhören vom Karl-Heinz Herper, wir sind gegen die Investorensicherheit, das ist doch witzlos (*Applaus ÖVP*). Eine letzte persönliche Bemerkung zum Sepp

Schmalhardt, lieber Sepp, das kann ich dir leider nicht ersparen. Gestern hat der Sepp Schmalhardt bei der Diskussion über das Grazer Modell gesagt, er versteht es nicht, er hat es leider nicht verstanden und ist aus diesem Grund froh, dass das Stück zurückgezogen wird. Diesen dringlichen Antrag hast du verstanden, ich weiß in Zukunft, dass ich auch so formulieren muss, wie der Karl-Heinz Herper, dann wird die KPÖ das Stück verstehen und wird möglicherweise zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***